

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3,50 Reichsmark pro Monat.
Der „Vorwärts“ mit der Multiplen Sonntagsbeilage „Zeit und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpolitische Nonpareille Seite 80 Pfennig, Restemasse 5.- Reichsmark. „Meine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (auflage zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 17 Pfennig. Streifenbeilage das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 2, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Kredaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 3. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Geschäftskonto: Berlin 57 538 - Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin SW. 68.

Kampf in einer Sowjetbotschaft.

Ein gewalttätiger Eindringling in der Warschauer Sowjetbotschaft erschossen.

Warschau, 2. September. (Eigenbericht.)

Am Freitag vormittag wurde in der russischen Gesandtschaft in Warschau ein unbekannter Mann erschossen. Es handelt sich um einen Besucher, der angeblich ein Einzelreisendes nach Sowjetrußland verlangte und unbedingt zu dem Geschäftsträger Kijanoff zugelassen werden wollte. Da der Geschäftsträger nicht anwesend war, wurde der Unbekannte schließlich aufgefordert, das Gesandtschaftsgebäude zu verlassen. In diesem Augenblick zog dieser einen sinnlichen Dolch, verwundete den diensthabenden Beamten Schlegler erheblich; darauf ergriff der Unbekannte ein Lineal und begann damit ein Porträt Lenins an der Wand zu zerhacken. Auf die Hilferufe des verwundeten Beamten erschien ein Diener der Gesandtschaft, der Unbekannte versuchte zu fliehen, wurde jedoch noch rechtzeitig eingeholt und von einem weiteren Diener der Gesandtschaft durch fünf Revolverkugeln niedergestreckt. Der Tote soll der 20jährige Russe Josef Trajlowicz aus Wilna sein, wo er Vorsitzender der dortigen russischen monarchistischen Jugend gewesen sein soll.

Die polnisch-offizielle Darstellung.

Warschau, 2. September. (Poln. Telegr.-Agentur.)

Heute um 11 Uhr vormittag kam es in der russischen Gesandtschaft zu einem Zusammenstoß zwischen einem russischen Emigranten, dessen Besuch um die Erlaubnis zur Rückreise nach Rußland abschlägig beschieden worden war, und den Gesandtschaftsdienern. Der Emigrant, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, griff dabei einen der Gesandtschaftsdiener mit dem Messer in der Hand an und wurde von dem Angegriffenen, der sich mit dem Revolver zur Wehr setzte, auf der Stelle getötet. Auf Verlangen der sowjetrussischen Gesandtschaft haben sich Vertreter der polnischen Gerichtsbehörden und des auswärtigen Amtes zur Einleitung einer Untersuchung an Ort und Stelle begeben.

Vor wenigen Wochen hat ein junger russischer Monarchist dem Sowjetgesandten Woskoff auf dem Warschauer Hauptbahnhof aufgelauert und ihn heimtückisch abgeschossen. Danach ist wohl zu verstehen, daß man einen jungen russischen Emigranten, dem die Rückreiseerlaubnis schon verweigert wurde, nicht zu dem Geschäftsträger vordringen läßt, der übrigens den Familiennamen Wenins trägt. Ob die Erschießung in Notwehr erfolgte, wie ein Teil der Berichte aus feinstem Wegs bolschewistenfreundlichen Quellen sagt, oder ob vielleicht das gewalttätige Auftreten des Besuchers einem der Sowjetleute Grund genug schien, loszufeuern — das ist von hier aus und so schnell nicht zu entscheiden. Es scheint nicht gerade ein Schuldbekennnis der Sowjetgesandtschaft zu sein, daß sie sofort die polnischen Behörden zur Feststellung des Tatbestandes in das exterritoriale Gebäude gerufen hat. Dieser Einladung sind außer der Polizei auch der Staatsanwalt und der Leiter der Ostabteilung im Außenministerium gefolgt.

Der Erschossene ein Irreer?

Warschau, 2. September. (Eigenbericht.)

Josef Trajlowicz, der heute Vormittag in der hiesigen Sowjetgesandtschaft erschossen wurde, ist polnischer Staatsbürger und stammt aus Wilna. Da er zur orthodoxen Kirche gehörte, wird angenommen, daß er russischer bzw. weißrussischer Herkunft ist. Es wird vermutet, daß Trajlowicz geistesgestört war; sein Revolver war, wie sich bei der Untersuchung zeigte, mit einem Banhan gefüllt. Die Passanten, die dabei waren, wie Trajlowicz von den Schüssen getroffen wurde, hätten einen Rettungswagen herbeigerufen. Die Sanitäter konnten jedoch in das Gesandtschaftsgebäude nicht Einlaß bekommen, da die Gesandtschaft sich vollständig absperrte und lediglich ein Vertreter des polnischen Außenministeriums sowie einige höhere Beamte der polnischen Sicherheitspolizei eingelassen wurden.

Noch immer Haß!

Bandervelde verzichtet auf die Frankfurter-Untersuchung.

Brüssel, 2. September. (Eigenbericht.)

Außenminister Bandervelde ist am Freitag vormittag um 11 Uhr aus Genf in Brüssel eingetroffen. Er hatte sofort eine Unterredung mit seinem sozialistischen Ministerkollegen und nachmittags um 3 Uhr fand der Ministerrat statt. Dieser dauerte kaum eine Stunde. Daraus ergibt sich schon von selbst, daß von irgendeiner eingehenden Aussprache oder vom Lufttauchen irgendeiner Meinungsverschiedenheiten keine Rede sein konnte. Am Schluß des Ministerrats wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der Ministerrat nahm Kenntnis von der Erklärung, die der Minister des Auswärtigen am 13. Juli über die Zustimmung Belgiens zu einer allerdings verspäteten internationalen Untersuchung über den angeblichen Frankfurterkrieg gemacht hat. Die deutsche Regierung hat seinen Gesandten in Brüssel am 22. August beauftragt, der belgischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Untersuchung annehme und daß sie vorschläge, diese Untersuchung auf alle auf den Krieg bezüglichen Tatsachen auszudehnen. Der Gesandte hat dabei nicht verschwiegen, daß dieselbe Methode der Untersuchung auch auf andere Länder ausgedehnt werden könnte. Der belgische Minister des Auswärtigen hat die Mitteilung des deutschen Gesandten zur Kenntnis genommen und ihm mitgeteilt, daß er sie in einer der nächsten Sitzungen dem Kabinett unterbreiten würde. Der Ministerrat war in seiner Sitzung am Freitag jedoch einstimmig der Ansicht, daß diese Vorschläge nicht angenommen werden könnten, obwohl sie den Zweck einer Befriedung verfolgen. Es scheint nicht zweifelhaft, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Untersuchung die Gefahr mit sich bringen würde, die Leidenschaften wieder aufzureißen und Folgen nach sich zöge, die dem gemeinsamen Wunsche der beiden Regierungen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern, völlig entgegengekehrt wären. Der Minister des Auswärtigen wird diese Erwägungen den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf mitteilen.“

Zu dieser amtlichen Mitteilung glaubt der Brüsseler Berichterstatter des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ bemerken zu können, daß sie von Bandervelde selbst entworfen worden ist und unverändert vom Ministerrat einstimmig angenommen wurde. Das darin gegen eine Untersuchung der Frankfurterfrage vorgebrachte Argument, daß diese Untersuchung unter den gegenwärtigen Umständen nicht den von beiden Regierungen gewünschten Zweck der Befriedung erreichen, sondern umgekehrt alte Leidenschaften und Haßgefühle wieder erwecken könnte, ist durchaus keine Ausflucht, sondern sehr ernst zu nehmen. Wir glauben zu wissen, daß Bandervelde auch von englischer Seite auf diese Gefahr einer Untersuchung aufmerksam gemacht worden ist. Aber wir haben auch festgestellt müssen, daß die Ankündigung einer Untersuchung in manchen belgischen Kreisen diese unerwünschte Wirkung gehabt hat. Gewiß ist die Hege nationalistischer Blätter großenteils dafür verantwortlich; aber Tatsache ist, daß viele, die unter den Gewaltmaßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden schwer gelitten hatten, mit größter Ungeduld darauf warten, ihre Klagen bei der Untersuchung vorzubringen. Infolgedessen ist in sehr weiten Kreisen die Erinnerung an das erduldeten Unrecht aufgefrischt und der bereits eingeschlagene Haß wieder aufgepeitscht worden. Unter diesen Umständen konnte Bandervelde sich fragen, ob die Zeit schon jetzt für eine ruhige, leidenschaftslose Untersuchung, die allein volle Klarheit und im Gefolge wirkliche Befriedung bringen könnte, gekommen ist. Dies wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn auch die bürgerlichen Parteien und Presse die Untersuchung in demselben verantwortlichen Geiste wie Bandervelde gewünscht und gutgeheißen hätten. Aber nach der von den Chauvinisten größtenteils mit innerpolitischen Hintergedanken entfachten Hege ist das sehr fragwürdig geworden.

Bandervelde kam daher selbst zu dem Schlusse, daß es weder im Interesse Belgiens noch Deutschlands liegt, die Untersuchung gegenwärtig vorzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Stresemann derselben Meinung ist. Bandervelde will sich mit diesem sofort nach seiner Ankunft in Genf, wohin er noch am Freitagabend wieder abgereist ist, unterhalten. Wir glauben, nicht fehlzugehen in der Annahme, daß auch der englische Außenminister Chamberlain bereits in der Zwischenzeit in ähnlichem Sinne auf Stresemann eingewirkt hat.

Das innerpolitische Manöver der belgischen Reaktion, die bei diesem Anlasse eine Regierungskrise und Neuwahlen herbeiführen wollte, weil sie sich davon einen Vorteil versprach, ist gründlich mißlungen. Grundfalsch wäre es aber auch, wenn die deutsche nationalistische Presse aus der Ablehnung der Untersuchung etwa schließen wollte, daß Belgien ein schlechtes Gewissen hat und seine Anschuldigungen gegen die deutschen Besatzungsbehörden nicht zu beweisen vermöchte. Es zeigt sich im Gegenteil, daß diese Anschuldigungen aus der

Allgemeiner Nichtangriffspakt.

Ein polnischer Vorschlag in Genf.

V. Sch. Genf, 2. September. (Eigenbericht.)

Ein zunächst in der französischen Presse veröffentlichtes Gerücht, wonach die polnische Regierung auf der bevorstehenden Tagung einen Vorstoß für die Schaffung eines allgemeinen Nichtangriffspaktes unternehmen werde, scheint sich zu bestätigen. Bestimmtes über den Inhalt dieses polnischen Projektes ist noch nicht bekannt. Das Genfer Sicherheitsprotokoll von 1924 wird, solange eine konservative Regierung in England am Ruder ist, und angesichts der starken Widerstände in den verschiedenen Dominions ebenfalls nicht wieder aufleben können. Indessen bildet in diesem Protokoll die Bestimmung über die gegenseitige Hilfeleistung zugunsten des Angegriffenen das Haupthindernis für seine Annahme durch die angelsächsischen Länder. Es scheint, daß der neue polnische Entwurf lediglich die Verpflichtung aller Völkerverbündeten, sich nicht anzugreifen, enthalten soll, nicht aber irgendwelche Klauseln über gegenseitige Hilfeleistung.

Die Meinung der deutschen Abordnung.

An führender Stelle der Deutschen Delegation wird mit Nachdruck betont, daß man keineswegs beabsichtige, von vornherein und grundsätzlich den Vorschlag abzulehnen. Man erklärt, daß es ein schwerer Fehler wäre, wenn man in der deutschen Delegation, nur weil der Vorschlag von Polen käme, ihn ablehnen wolle. Ob dieser vernünftige Standpunkt der Delegation die Gegenliebe bei der Presse der stärksten Regierungspartei in Deutschland finden wird, ist allerdings zu bezweifeln. Die Deutschnationalen leiden am Polenkolier und sie werden natürlich in diesem polnischen Vorstoß die Vorbereitung eines Locarno des Ostens erblicken.

Davon kann aber keine Rede sein, da Deutschland ohne Unterschied der Partei es ablehnen muß, dieselbe feierliche und freiwillige Anerkennung der Versailles Obergrenzen auszusprechen, wie das in Locarno für Elsaß-Lothringen geschehen ist. Andererseits wünscht Polen und wird darin von Frankreich unterstützt, daß die Verpflichtung, keinen Krieg zu führen, deutlicher ausgesprochen werde als dies im Schiedsgerichtsvertrag geschehen ist. Wenn das der Zweck der neuen polnischen Anregung ist, so wäre von sozialistischer Seite dagegen grundsätzliches nicht einzuwenden. Es kann im Rahmen eines allgemeinen Nicht-

angriffspaktes geschehen. Vielleicht würde das sogar ein zweckmäßiges Mittel sein, die Diskussion der Regierungen über die Räumung des Rheinlandes, die seit nahezu einem Jahre vollständig stockt, wieder in Gang zu bringen.

Stresemann hat heute Abend zum ersten Male seit seiner Ankunft in Genf eine lange Aussprache mit einem fremden Minister gehabt, und zwar mit Chamberlain. Bei dieser Gelegenheit dürfte ihm unter u. a. die oben erwähnte Absicht der polnischen Regierung bestätigt worden sein. Verbindliche Unterhaltungen über diese Fragen werden aber erst nach der Ankunft Brlands am Sonnabend vormittag geführt werden. Die polnische Regierung scheint bisher ausschließlich mit der französischen über ihren Plan beraten zu haben.

(Siehe auch 3. Seite.)

Elf Arbeiter tot!

Explosionsunglück im Steinbruch.

Kassel, 2. September.

Nach dem „Kasseler Tageblatt“ wurden in einem Basaltsteinbruch in der Nähe von Zimmerode durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses eine Zahl Arbeiter von den umherfliegenden Gesteinsmassen tödlich verletzt. Elf Arbeiter, meist Familienväter aus dem nahen Michelsberg, haben nach den bisher vorliegenden Meldungen den Tod gefunden.

Die Arbeiter waren damit beschäftigt, zwei Sprengkollen, die bereits mit dem für eine größere Sprengung vorgesehenen Sprengmaterial gefüllt waren, zuzumauern, als aus noch nicht geklärt Ursache sich die Sprengladung entzündete. Die in dem Stollen befindlichen Arbeiter wurden durch den ungeheuren Aufdruck weit fortgeschleudert und sofort getötet. Die durch den vorzeitig losgegangenen Schuß gelösten ungeheuren Steinmassen stürzten auf andere vor dem Stollen arbeitende Männer und begruben diese unter sich. Ein Teil der Leichen liegt noch unter dem herabgestürzten Gesteinsmassen, und kann voraussichtlich nicht so bald geborgen werden.

Mitte der belgischen Opfer und deren Hinterbliebenen in so scharfer Form auftreten würden, daß der auf nichts anderes als auf Frieden und Veröhnung bedachte Wandervogel angeht der immer noch vorhandenen Geistesverfassung großer Volksteile haben und drüben schließlich über die Möglichkeit seiner guten Absicht starke Zweifel bekam.

Die in dem Bericht unseres belgischen Korrespondenten enthaltene amtliche belgische Mitteilung wurde erst in später Nachtstunde durch W. B. verbreitet. In einer Anmerkung bestritt die „unterrichtete Seite“ nicht, daß der deutsche Gesandte eine Ausdehnung der Untersuchung auf alle auf den Krieg bezüglichen Tatsachen angeregt und auch von der Ausdehnung solcher Untersuchungen auf andere Länder gesprochen hat. Das ist das Gegenteil von dem, was der Voranschlag einer Untersuchung bloß des Frankfurterkrieges hinausging, den Nationalisten und Reaktionen der „alliierten Länder“ das Stichwort gegeben, um sich gegen jeden Voranschlag zu stemmen, der auf eine Revision des Versailler Vertrages hinauslaufen könnte. Damit hat sie die Kräfte mit verstärkter Hilfe, die in Belgien und stärker noch in Frankreich den Friedensvertrag als ein unantastbares Heiligtum bewahrt wissen wollten. Damit waren diplomatische Schwierigkeiten entstanden, die die Unterregung Wandervogels sehr bald gefährdeten.

Entscheidend war freilich, daß noch heute in weiten Schichten der belgischen Bevölkerung die bloße Anregung einer Untersuchung des Frankfurterkrieges die alten Haß- und Feindschaftsgefühle aus der Okkupationszeit derartig wiederaufwachte, daß Wandervogel selbst nicht Befriedigung erwarten, sondern Verbitterung von einer derartigen Untersuchung fürchten mußte. So bleibt nur die Hoffnung, daß es später einmal möglich sein wird, durch eine gemeinschaftliche internationale Untersuchung Licht und Schatten auf beiden Seiten gerecht zu verteilen.

Der Streit im Zentrum.

Um die Entstehungsgeschichte des Bürgerblods.

Die Aufsätze des früheren „Germania“-Redakteurs Dr. Teipel in der „Frankfurter Zeitung“ haben nach Herrn Brauns auch Herrn v. Guérard auf den Plan gerufen. In der „Germania“ veröffentlicht der Fraktionsvorsitzende einen ungewöhnlich heftigen Artikel, in dem von „Brunnenvergiftung“ und ähnlichem die Rede ist. Scharf wird die Wichtigkeit der Darstellung Teipels bestritten und dabei u. a. auch wieder daran erinnert, daß Wirth die berühmten „Richtlinien“ am 26. Januar gebilligt habe. Am Tage darauf habe er jedoch erklärt, daß er der in Bildung begriffenen Regierung sein Mißtrauen aussprechen werde.

Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis des Gegenstandes zwischen Teipel und Guérard in der Beurteilung der historisch gewordenen Vorgänge. Die um Wirth hatten geglaubt, mit ihren Deklarationen eine sichere Barriere gegen den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung gebaut zu haben. Sie waren wie aus allen Himmeln gefallen, als sich diese vermeintliche Barriere als eine Brücke erwies, auf der sich die offizielle Parteileitung mit den Deutschnationalen begegnete.

Herr v. Guérard verteidigt die Bürgerblodpolitik und rühmt besonders, daß der „erfreuliche Flaggenerlaß“ Behrens trotz der vier deutschnationalen Minister möglich geworden sei. Die monarchistische Propaganda der „Kreuzzeitung“ sei allerdings unerträglich und ein Verstoß gegen die Richtlinien, mit dem man sich noch zu beschäftigen haben werde.

An Stelle de Jouvencels ist Hubert, der Präsident der Senatskommission für Auswärtiges, zum französischen Delegierten beim Bitterbund ernannt.

Hilfsmaßnahmen für Pommern.

Steuererlaß und Kreditstundung.

Die aus der Provinz Pommern gemeldeten Unwetterhöhen haben, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, das Landwirtschaftsministerium veranlaßt, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Geschädigten die erste notwendige Hilfe zu verschaffen. Als Maßnahmen kommen an erster Stelle Erleichterungen bei der Einziehung von Steuern in Betracht. Sowohl der Reichsminister der Finanzen als auch der preussische Finanzminister sind gebeten worden, die zur Steuerstundung sowie zum Steuererlaß erforderlichen Anordnungen zu treffen. Um den Landwirten die zur Fortführung des Betriebes notwendigen Mittel zu verschaffen, werden die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, insbesondere die Baukassen, bemüht sein, der Landwirtschaft der Provinz Pommern durch Zuführung von Krediten nach Möglichkeit Erleichterung zu verschaffen. Ebenso sind die Kreditinstitute gebeten worden, bei Eintreibung der fälligen Verpflichtungen der Landwirtschaft Pommerns in schonendster Weise vorzugehen.

Mit der Reichsarbeitsverwaltung sind Verhandlungen aufgenommen, um die Arbeitszeit der in der Landwirtschaft vorübergehend beschäftigten Schlichter zu verlängern (1). Die Regierungspräsidenten in den geschädigten Gebieten sind ersucht worden, über Umfang und Höhe der Schäden Ermittlungen anzustellen und hierüber umgehend den Zentralstellen zu berichten zwecks Prüfung, ob die Einleitung weiterer Hilfsmaßnahmen erforderlich ist.

Auslandsdeutsche und Flaggenfrage.

Hinter den Kulissen der deutschen Kolonie in Mexiko

Die deutsche Kolonie in Mexiko gehört zu den auslandsdeutschen Anstalten, die am glücklichsten die deutsche Republik und ihre Röhre bekämpfen. Es war ein Verdienst des Schriftstellers Hans Nitzel, der im Auftrage des „Berliner Tageblatts“ Mexiko bereiste, einmal hinter die Kulissen dieser Kolonie zu leuchten. Er wies in einem Briefe darauf hin, daß der Verband der Reichsangehörigen in Mexiko, der dahinter steht, nur 400 Mitglieder zähle, also noch nicht 7 Proz. der dort ansässigen Deutschen vertrete. 300 Mitglieder beschränken sich auf ihre Mitgliedschaft und seien politisch völlig uninteressiert. Ein Dreimännertkollegium mache alles: ein Hauptleiter und zwei Herren, die erst seit kurzem in die Kolonie gekommen waren. Der Hauptleiter sei der Vorsitzende, ein sechsjähriger Konsulatsrat. Von den zwei bedeutend weniger Hauptleitern sei der eine Sekretär des Vereins, der andere zum Unglück ein früherer aktiver Major, also ein Halbgar a. D. Wovon er lebte, wußte keiner, er beschäftigte sich mit Erledigung von Kommissionen, die der Chef eines Handelshauses ohne Schaden für sein Ansehen ausführen konnte. Bedenklich sei auch seine Organisation der Ruhspende. Schließlich habe er östliches Nordgeringel begünstigt, indem er einen Flüchtling dem Verband als Sekretär aufnähme. So läßt die maßgebende Führung in Mexiko aus.

Blätter vom Schlage der „Deutschen Zeitung“ gerieten ob dieser Feststellungen aus dem Häuschen. Sie versuchten zunächst die Tatsachen abzuleugnen und Nitzel als Duden zu verprellen. Als das nichts nützte, erhob einer der Angegriffenen, Major a. D. Thewaldt, Beseitigungsklage. Bezweifelnd, daß er, der in Mexiko ansässige, der vor kurzem dem Auswärtigen Amt in Berlin einen Besuch abstattete, um unwahre Behauptungen gegen den deutschen Gesandten in Mexiko zu verbreiten, zunächst verurteilte, den Prozeß in München anhängig zu machen. Vergeblich. Und so standen sich die Parteien (Thewaldt hatte es vorgezogen, sich durch seinen Rechtsbeistand vertreten zu lassen) gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte gegenüber.

Nitzel erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Er habe keine Behauptungen nach sorgfältigen Informationen aufgestellt, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, müsse er allerdings ablehnen, da in Mexiko eine große Anzahl von Angestellten wenig wirtschaftlich Mächtigen gegenüberstehe, von denen sie wirtschaftlich abhängig seien. Für die Geistes-

richtung des Klägers Major a. D. Thewaldt spräche es, daß er vor dem Kriege einmal seinen Diener, einen Mexikaner, so unmanischlich verprügelt habe, daß die Kolonie in Mexiko sich darüber aufgeregt habe, und daß er eine Dame, die er mit seinem Auto überfahren habe, hilflos habe liegen lassen. Für beide Fälle seien die Akten des Auswärtigen Amtes heranzuziehen. Was die Geschäftsmacherei anbelange, so stelle er unter Beweis, daß Major Thewaldt in Mexiko an deutsche Finanzkreise zwecks Gründung einer Munitionsfabrik herangetreten ist, um bei Reichspolitikern in Deutschland mexikanische Munition zu liefern. Auch seine Behauptungen bezüglich der Ruhspende und der Unterbringung von Personen, die in politische Verdächtigungen waren, hielt der Angeklagte aufrecht.

Die Partei des Klägers wußte auf die Angaben Nitzels nichts Stichtätiges zu erwidern und versuchte sich schließlich hinter der Forderung zu verschütten, daß amtliche Dokumente, wie die Akten des Auswärtigen Amtes kein ausreichendes Beweismaterial seien!

Das Gericht folgte dem natürlich nicht. Es gab Nitzel auf, die Beweise aus den Akten des Auswärtigen Amtes bzw. durch die Zeugenaussage des Dezenten für Mexiko im Auswärtigen Amt zu erbringen. Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Wohnungszählung in Preußen.

Das Schlusergebnis der Zählung vom Mai.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht jetzt die Schlusergebnisse der letzten Wohnungszählung vom 18. Mai 1927 in Preußen. Die Zählung wurde in 3177 Gemeinden mit insgesamt 26 122 465 Einwohnern durchgeführt. Erfasst wurden die Wohnungsverhältnisse von 68,6 Proz. der Gesamtbevölkerung Preußens gegenüber 56,4 Proz. bei der Reichswohnungszählung von 1918. Die nicht erfasste Bevölkerung entfällt vorwiegend auf ländliche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern.

In sämtlichen gezählten Gemeinden wurden insgesamt 6 706 566 bewohnte und leerstehende Wohnungen gezählt. Die Zahl der Leerwohnungen, d. h. gemessen an den gegenwärtigen Verhältnissen, der unbrauchbaren Wohnungen, betrug 29 708 gleich 6,4 Proz. gegenüber 3 bis 4 Proz. brauchbarer, aber leerstehender Wohnungen vor dem Kriege. Wie groß das Wohnungselend ist, beweist die Tatsache, daß von 1985 Wohnungen, die in den preussischen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern leerstanden, d. h. praktisch nicht zu benutzen waren, 3534 gleich 35,6 Proz. vermietet wurden.

In den 6 676 858 bewohnten Wohnungen wurden im ganzen 7 096 871 Haushaltungen festgestellt. Es waren also 420 013 gleich 5,9 Proz. Haushaltungen vorhanden, die über keine eigene Wohnung verfügten und in die Wohnungen anderer Haushaltungen als Untermieter gegen Entgelt oder auch unentgeltlich (z. B. bei Verwandten) aufgenommen waren. Darüber hinaus gab es 157 284 Familien, die weder eine eigene Wohnung noch eine eigene Hauswirtschaft führten, sondern beides mit anderen Personen teilten.

Soweit die Ergebnisse in Preußen ein Urteil zulassen, kann man sagen, daß die landläufige Schätzung von 600 000 fehlenden Wohnungen im Deutschen Reich hinter dem wirklichen Bedarf zurückbleibt.

612 Millionen Goldmark hinausgeworfen! Nach den neuesten Zusammenstellungen hat die Abnahmehesung bisher nicht weniger als die obengenannte Summe verschlungen. Willkür, die dem wirtschaftlichen Aufbau und damit dem wirklichen Frieden dienen konnten, sind einem Phantom geopfert.

Ein Strafverfahren gegen Wiener Polizeibeamte hat Genosse Julius Braumthal, Chefredakteur des „Neuen Blattes“, wegen schwerer Verbrechen am 15. und 16. Juli an die Staatsanwaltschaft gerichtet.

Erfolg der Südarmee. Das chinesische Ruhestreitkommando in Schanghai teilt amtlich mit, daß Pukun zurückgekehrt worden ist. Die Nordtruppen ziehen sich an dem größten Teil der Front zurück. Die Hanfuer Armee rückt auf Bengpu vor.

Neulich ist...

Von Heinz Eisgruber.

Täglich sterben Menschen, Juwelen stirbt auch ein General. Neulich ist der General Donnertrach gestorben. Ich weiß zufällig, wie sein Arbeitsstag verlief — als er noch arbeitete — und möchte das erzählen. Jeden Tag, nach dem zweiten Frühstück, ist General Donnertrach in die Divisionskassette gefahren. Dort hat er eine Mappe durchgeblättert, in die der Rangfeldwebel viele Papierchen gesteckt hatte, die wiederum von Majorschreibern und Feldwebeln, von Proviantbeamten und Quartiermachern, von Adjutanten und Generalstabsoffizieren, von Sanitätsunteroffizieren und Wägen, von Etappenoffizieren und Kasinowärtern, von Ortskommandanten und Brigadepfarrern, von Kriegsberichterstellern und Heereslieferanten und von allen möglichen anderen Zeitgenossen beschrieben, betrüßelt und bestempelt waren. Die Aufgabe nun des kürzlich verstorbenen — Gott habe ihn selig! — Generals Donnertrach war, auf diese Papierlein „Donnertrach“ hinzuschreiben. Manchmal waren merkwürdig knierrige, runde Stellen auf den Papierlein; so, als ob ein Tropfen Kognak darauf gefallen wäre oder ein Tropfen Wein. Es konnte aber ebenso gut eine Träne gewesen sein oder ein Schweißtropfen. General Donnertrach pflegte darüber nicht nachzudenken; ja er sah diese ominösen Spuren nicht einmal. Auch dann nicht, wenn sie von ihm selbst herrührten, obwohl er dann nicht sofort hätte darüber nachdenken müssen, ob sie von Kognak oder von Schweiß herrührten.

Die Papierlein, auf die der verstorbene General sein „Donnertrach“ Alkohole, hatten oft eine unendlich graufame Geschichte; sie erzählten oft von entsetzlichen Dingen, wieweil diese sich auf dem Papier, auf dem gegläubten Schreiber und vor dem sanft geröteten Gesicht unseres Generals gar nicht so schlimm ausnahmen. Zum Beispiel stand da auf diesen Papierlein: „Beim gestrigen Vorstoß sprengten die Franzosen unsere vorderen Gräben in die Luft, wobei das 2. Bataillon des 4. Regiments vollständig vernichtet wurde.“ Da drehte sich dann der General nach seinem Adjutanten um, der sich gerade die Fingerringe reinigte und fragte: „Wer hat das Bataillon eigentlich geführt?“ Und ehe der Adjutant noch antworten konnte, fragte Donnertrach weiter: „Sagen Sie mal, Eppstein, wo ist denn bloß mein Bursche; ich habe ihn ins Kasino geschickt, aber der Kerl kommt nicht wieder?“ Und dann blätterte er weiter, weil er das tote Bataillon schon wieder vergessen hatte, und ging dann nach Hause oder ins Kasino, oder er stieg in sein Auto, weil er zum Hauptquartier befohlen war, oder er begab sich ins Nebengemach und schimpfte drin gottesmörderlich, weil die Wasserpflanze nicht funktionierte.

Manchmal freilich ging es noch beschwerlicher zu. Da sah er an einem mit grünem Tuch bedeckten Tisch und um ihn herum lief ein gutes halbes Duzend Offiziere mit und ohne rote Hofanstreifen; sie

streckten rote und blaue Fähnchen, die an Stecknadeln klebten, auf eine Landkarte und berieten und telefonierten und berechneten. Aber Donnertrach hatte nicht immer die Geduld, zu warten, bis die Rotgestreiften fertig waren. Er stand oft mitten in der Beratung auf, schnalzte seinen Säbel um, hing den Generalsmantel über die Schultern und sagte zu Eppstein: „Wenn der Plan fertig ist, schicken Sie ihn in mein Quartier!“ Na ja, er war ein alter Herr und schon ein bißchen bequem geworden; außerdem mußte er jetzt einmal zum Stabsarzt; diese Darmbeschwerden konnten einen ganz verrückt machen! Man sollte wirklich einmal daran denken, den Kasinobuch ablösen zu lassen!

Tja; unser General hat viel für die Menschheit getan. Bitte: er hat z. B. damals den Flankenangriff bei I-Bille fabelhaft geleitet; die ganzen I-Biller Höhen sind damals in unsere Hand gefallen. Wir haben im ganzen Armeekorps in den drei Jahren höchstens 150 000 Mann verloren. Und was so drum und dran hängt. Die Zeitungen haben recht getan, wenn sie unserem General jetzt einen langen, lobenden Nachruf widmeten. Er hat es um sie verdient.

Dem Bergarbeiter Adam Kaduwelt haben sie keinen Nachruf gemeldet. Neulich ist nämlich auch der Häuer Kaduwelt gestorben. Er hat schon seit zehn Jahren gehustet — seit jenem Angriff auf die I-Biller Höhen, wo ihn eine Granate verschüttete, und wo er die ganze Nacht in dem Wasserloch liegen blieb, war er auf der Brust nicht mehr in Ordnung — aber kein Mensch hatte mehr geglaubt, daß er daran noch sterben werde. Nun ist er doch daran gestorben. In seinem 49 Jahre währenden Leben hat Kaduwelt an die 150 000 Zentner Kohlen gefördert, das ist der Jahresbedarf für 10 000 Familien. Diese Lebensarbeit läßt sich freilich nicht vergleichen mit der unseres Generals, der, vergleichsweise, den Lebensbedarf (an Trauer und Tränen) für 150 000 Familien vermarkte. Daß Kaduwelt schon mit 49 Jahren starb, ist sicherlich auch mit darauf zurückzuführen, daß er keinen so guten Koch bekam wie Donnertrach — wenn man vom Hunger absehen will, der zwar der beste Koch sein soll, aber kaum sein wird, da ihn gerade jense am wenigsten benutzen, die ihn am meisten empfehlen. Kaduwelt hat auch nie in seinem Leben Sekt getrunken, die Spuren auf seinem Arbeitshäutchen rühren von Schweiß, Schweiß und Schweiß her.

Wo wird es schon seine Richtigkeit haben, daß der Häuer Kaduwelt keinen Nachruf in den Zeitungen bekam, der General aber eine ganze Menge.

Rossini-Geschichten. Einige unbekannte Anekdoten von Rossini werden in der „Comödia“ mitgeteilt: Der Meister war bekanntlich von einer außerordentlichen Trägheit und arbeitete dabei erstaunlich leicht, wie dies bei Faulen öfters vorkommt. Eines Morgens hatte er im Bett ein Duett geschrieben, als ihm das Blatt auf die Erde fiel. Er berechnete die Entfernung, ob das Blatt noch in Reichweite sei, schreute aber dann vor der Anstrengung zurück, die Hand auszustrecken, und nahm ein neues Blatt, auf dem er ein zweites Duett niederschrieb. Unterdessen kam ein Freund, der das erste Blatt

aufhob und dem er beide Duette zur Begutachtung überließ. Da der Freund an beiden Ausstellungen zu machen hatte, nahm Rossini ein drittes Stück Notenpapier und schrieb ein drittes Duett, das er sofort zum Abschreiben schickte, ohne es noch einmal anzusehen. Jedes dieser drei Duette hatte seine besonderen Schönheiten; teils ähnelte dem anderen. — Rossini wußte, wie schwer es ist, dem Publikum zu gefallen, und so brachte er denn in seinen Kompositionen, besonders am Schluß, gern banale, in die Ohren fallende Vergleichen an, deren einschlagender Wirkung er gewiß war. Um aber sein Gewissen zu beruhigen, schrieb er an den Rand die Worte „Pei coglion!“ Etwas abgeschwächt bedeuten diese italienischen Worte: „Für die Idioten!“ Es gibt so manchen Komponisten, der dieselbe Methode wie Rossini angewendet hat, um dem lieben Publikum zu gefallen, aber keiner mit der Freimütigkeit des Schöpfers des „Barbier von Sevilla“.

Utzs Grabmahl für Wagner. Das Originalmanuskript einer wenig bekannten Komposition Utzys wird bei der Veröffentlichung der prokratischen Autographensammlung der Sammlung Henze bei Henrici in Berlin zum Verkauf ausgesetzt. Es ist ein Musikstück mit dem Titel „Am Grabe Richard Wagners“, das Utzy am 70. Geburtstag seines großen Schwiegerjohannes, ein Vierteljahr nach dessen Tode, niederschrieb. Am Abend dieses Tages fand im Weimarer Hoftheater ein Gedächtniskonzert statt, bei dem unter Utzys Leitung das Orchester und der Chor ausübte aus „Parsifal“ aufgeführt wurden. Daran knüpfte Utzy in der handschriftlichen Widmung des Manuskripts an, die lautet: „Wagner erinnerte mich einst an die Wehnschmerz seines Parsifal-Wortes mit einem früher geschriebenen „Ergänzung“. Möge diese Erinnerung hiermit verbleiben. Er hat das Große und Hehre in der Kunst der Zeit vollbracht.“ Utzy verwendet also hier ein eigenes Motiv, das sich in der Einleitung zu seinem „Glocken von Strahburg“ findet und an das Wendemotiv Wagners anknüpft.

Die erste bulgarische Buchausstellung. Auf der Europa-Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen in Dresden betonte Prof. Gerhard Wenzel in Leipzig in seinem Referat, daß der eigentliche Konkurrent des deutschen Buches in der Welt nicht das englische, sondern das französische Buch sei, und daß dies namentlich für den Balkan und ganz Osteuropa gelte. Er wies dabei auf die weltbildende französische Buchpolitik und Kulturpropaganda hin, der in Deutschland nichts annähernd Gleichwertiges gegenüber stehe. Einen Beleg für die Richtigkeit dieser Ausführungen bietet die jetzt in Karna eröffnete Buchausstellung, die erste, die in Bulgarien stattfindet; sie umfaßt etwa 4000 Werke. Die zahlreichen Uebersetzungen zeigen den überwiegenden französischen Einfluß; in weit geringerem Maße ist der deutsche zu beobachten, der am stärksten in der wissenschaftlichen Literatur hervortritt. Von bulgarischen Dichtern und Schriftstellern sind 63 vertreten.

Die Gesandten kommen nach Berlin. Der Gesandter Langknecht aus Hamburg kommt am 4. September nach Berlin, um für die Ausstellung „Das junge Deutschland“ ein einmaliges Gahnpot zu geben. Gahnpot wird das Langmärchen „Die Haus Prinzessin“, von Anna Heine; auch werden eine Reihe alter und neuer Weltlänze Länge gezeigt werden. Die Veranstaltung findet pünktlich 11 Uhr vormittags im Hochhauspalast am Kaiserhof statt.

Mussolini schweigt sich aus.

Ratsdebatte über die Pressekonferenz.

V. Sch. Genf, 2. September. (Eigenbericht.)

Die heutige erste öffentliche Ratssitzung begann mit dem von Banderella verfassten Bericht über die internationale Pressekonferenz. Er wurde in Abwesenheit des nach Brüssel bezogenen Außenministers von seinem Stellvertreter de Brocquere erstattet. Er schlug vor, diejenigen Resolutionen der Konferenz, deren Verwirklichung eine Mitwirkung und Zustimmung der einzelnen Regierungen voraussetzt, in der Dezembertagung des Rats zu erledigen. Da die Pressekonferenz erst vor drei Tagen zu Ende ging, war dieser Ausschub nicht zu vermeiden. Der Bericht enthält die politisch wichtige Entscheidung der Konferenz, die sich gegen die Zensur in Friedenszeiten wendet und bezeichnet sie als eine Gefahr für die guten Beziehungen zwischen den Völkern; sie lautet an ihren entscheidenden Stellen:

„Die Konferenz erklärt sich grundsätzlich gegen jede Beeinträchtigung der Pressefreiheit und ist der Auffassung, daß ein Regime der Zensur nur aus wirklich lebenswichtigen Gründen und lediglich außerordentlichen Verhältnissen errichtet und aufrechterhalten werden darf. Ohne sich in die Herrschaftsform der verschiedenen Staaten einmischen zu wollen, äußert die Konferenz den Wunsch nach einer einheitlichen normalen Wiederherstellung der geistigen Verbindungen zwischen den Völkern. Die Konferenz ist einmütig der Überzeugung, daß die Zensur in Friedenszeiten, möge sie offen oder — was schlimmer ist — verdeckt ausgeübt werden, ein entscheidendes Hindernis für den normalen Austausch internationaler Informationen bildet und als solche die Annäherung der Völker erschwert.“

Diese Resolution war auf der Konferenz einstimmig angenommen worden, auch die italienischen Vertreter wagten damals nicht dagegen zu stimmen, obwohl sie sich offensichtlich gegen die tatsächlichen Presseverhältnisse richtete. Man war nun gespannt, ob in der heutigen Sitzung Scialoja in irgendeiner Form Vorbehalte geltend machen und damit die Opposition einleiten würde, die Mussolini bis zur Dezembertagung zweifellos versuchen wird. Aber Scialoja blieb stumm, obwohl fast alle führenden Ratmitglieder in der Diskussion das Wort ergriffen, insbesondere Stresemann und Paul Boncour. Der Reichsaußenminister forderte den Rat und die Regierungen auf, den Beschlüssen der Pressekonferenz „eine ebenso weitherzige wie energische Folge zu geben“, während Paul Boncour die Wichtigkeit der Resolution gegen die Zensur in Friedenszeiten unterstrich. Scialoja ließ all das stumm über sich ergehen. Hätte der Vertreter Mussolinis einen Vorbehalt oder Widerspruch gewagt, so wäre er zweifellos haliert geblieben, und die moralisch unpolare Situation des Faschismus in der Welt würde noch deutlicher unterstrichen worden sein.

Darauf berichtete Stresemann, der sonst stets auf englisch Bericht erstattet hat, auf französisch über die Weltwirtschaftskonferenz. Der Rat nahm die seitdem von dem Wirtschaftsausschuss gemachten Vorschläge zur Weiterführung ihrer Arbeiten an. Boncour sprach dann zu den Plänen, die Zusammenarbeit unter den Intellektuellen international zu fördern.

In 100 Jahren ist die Erde voll.

Genf, 2. September.

Ziemlich unbemerkt in dem Trubel der Völkerbundtagungen ist am 31. August die erste „Weltbevölkerungskonferenz“ in Genf zusammengetreten, die führende Männer aus den Gebieten der Soziologie, Nationalökonomie, der Medizin und der Biologie angehört. Ein einseitiger Vortrag des Prof. East von der Harvard Universität (USA.) gipfelte in der Feststellung, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Erde nicht mehr als 5 Milliarden Menschen ernähren könne, und daß dieser Punkt der Sättigung der Erde mit Menschen in etwa 100 Jahren erreicht sein könne. Es würden dann radikale Veränderungen in den agrarischen Methoden der Menschheit vorgenommen werden müssen.

Rache für die Memelwahl.

Reichsdeutsche Redakteure ausgewiesen, Deutsche Staatsangestellte entlassen.

Memel, 2. September.

Den drei reichsdeutschen Redakteuren in Memel und Heydenburg wurde heute von einem Beamten der Landespolizei folgendes Schreiben zur Kenntnisnahme vorgelesen:

„Kommandantur des Memelgebietes. Memel, den 2. September.“

In das Kommissariat IV der Polizei für das Memelgebiet. Ich fordere auf, den Redakteuren Robert Leubner und Ernst Barm vom „Memeler Dampfboot“ schnellstens mitzuteilen, daß ihr Antrag auf Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung in Litauen verworfen worden ist, daß sie bis zum 5. September d. J. das Gebiet Litauens freiwillig zu verlassen haben, anderenfalls sie der Grenzpolizei zum Abschub nach Deutschland übergeben werden. Die Polizei erhält den Auftrag, die Ausreise der genannten Redakteure bis zu dem in diesem Schreiben vorgesehenen Zeitpunkt zu überwachen. Von der Durchführung dieser Angelegenheit ist sofort Mitteilung zu machen.

Telephonogramm Nr. 490. Biornonas, Oberstleutnant.“

Das gleiche Schreiben wurde dem Redakteur Priestorn von der „Memelländischen Rundschau“ in Heydenburg zur Kenntnis gebracht.

Die drei Redakteure hatten auf Wunsch Biornonas ihr bereits im Dezember 1928 eingereichtes Gesuch um Aufenthaltsgenehmigung vor einigen Tagen erneuert. Gleichzeitig wurde von den drei Redakteuren auf Wunsch des Kriegskommandanten ein Schreiben an den Kriegsminister gerichtet, in dem dieser gebeten wurde, die Frage der Ausweisung zu regeln. Seinerzeit war die Ausweisung nur bis auf weiteres aufgehoben. Wie bekannt wird, ist seit Bekanntwerden des Wahlergebnisses 60 Eisenbahnbeamten und 20 Postbeamten, die von Deutschland übernommen waren, aber für Litauen optiert hatten, gekündigt worden. Als äußerer Vorwand wurde eine Sprachprüfung vorgenommen, die ergeben haben soll, daß die Geprüften die litauische Sprache nicht genügend beherrschten.

Kein Ultimatum Polens an Litauen.

Warschau, 2. September. (Poln. Tel.-Agentur.)

Die Nachrichten, die in der ausländischen Presse über ein Ultimatum verbreitet wurden, daß die polnische Regierung an die litauische gerichtete haben soll, sind falsch. Es ist kein Ultimatum gestellt worden.

Die Grozer Polizeiwahlen fielen ebenso wie die Wiener zungenfesteren der Sozialdemokratie aus. Die „Unpolitischen“ erhielten acht, die Sozialdemokraten vier Sitze in der Personal-Kommission.

Die Frankfurter Unternehmertagung.

„Dem Arbeiter geht es besser als der Industrie.“ — Gegen einseitigen Abbau der Löhne. — „Soziale Ausgaben hindern die Qualitätsarbeit.“

A. S. Frankfurt a. M., 2. September. (Eigenbericht.)

Die heutige erste Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begann mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Geheimrat Duisberg, aus der besonders die starke Bejahung des Staatsgedankens zu betonen ist. Duisberg erklärte, die Erhaltung und Festigung des Staates geht uns über alles. In diesem Sinne wurde auch ein Huldigungstelegramm an Hindenburg abgesandt.

In seinem Vortrag entrollte Geheimrat Duisberg ein Bild von der Wirtschaftslage, wie sie die Industrieführer auflassen. Er kennzeichnete die Besserung der allgemeinen Konjunktur, der allerdings keine entsprechende Steigerung der Warenausfuhr gegenüberstehe. Eingehend auf das Problem der Verschuldung der deutschen Wirtschaft warnte er ganz besonders eindringlich vor einer allzu starken Verschuldung mit kurzfristigen Krediten. In den normalen Zeiten vor dem Kriege galt es für die deutsche Wirtschaft als Regel, sich möglichst wenig kurzfristig zu verschulden. Dagegen sei in der letzten Zeit eine total falsche Kreditwirtschaft getrieben worden. Darin sieht Duisberg eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft, worin man ihm vorbehaltlos zustimmen kann. Duisberg glaubte weiter einen

Vergleich zwischen der heutigen geringen Rentabilität der industriellen Unternehmungen und den Löhnen der Arbeiter

ziehen zu können. Er schloß daraus, daß bei einem gleichen Reallohn der gelernten Arbeiter und einem erheblich gesteigerten der ungelerten Arbeiter eine 30prozentige Verschlechterung der Rentabilität der Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen sei. Von den öffentlichen Körperschaften verlangte Duisberg größere Sparsamkeit. Man müsse den deutschen Waren den Vorzug geben, um die Einfuhr einzuschränken.

Im ganzen waren keine Ausführungen darauf angelegt, keinen übertriebenen Wirtschaftspessimismus zu betonen, aber auch einem zu großen Optimismus entgegenzuwirken. Am Schluß seiner Rede wies Duisberg darauf hin, daß bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft die Wissenschaft und ihr Nachwuchs eine besondere Rolle spiele. Darüber dürften aber auch die deutschen Beamten und Arbeiter nicht vergessen werden. Was helfe eine tiefgründige Wissenschaft und Unternehmungslust, wenn nicht auch die Hingabe der Arbeiter und Angestellten an ihr Werk vorhanden sei. In diesem Sinne stellte Duisberg die Zusammenarbeit der Wissenschaft und der Arbeiterschaft als eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes hin.

Ein wichtiger Zwischenakt.

In der Reihe der Begrüßungsansprachen sprach der Frankfurter Oberbürgermeister Landmann. Er wies in seiner Ansprache auf das enge Verhältnis zwischen den Städten und der Industrie hin. Die deutsche Industrie habe die Bewunderung der ganzen Welt erregt durch die Umstellung ihres Produktionsapparates. Daß aber der Rationalisierungsprozeß, von dem das ganze deutsche Volk die Preisentkung noch heute erwartet, so gelingen konnte, das sei nicht zuletzt zurückzuführen auf die Mitwirkung der Gemeinden und besonders der Großstädte. Wenn die Städte für die Opfer des Umstellungsprozesses, für die Arbeitslosen, nicht so große Opfer gebracht hätten, dann hätte er sich nicht so reibungslos vollziehen können, wie das tatsächlich geschehen ist. Großstädte und Industrie seien aufeinander angewiesen. Dabei seien Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich, da die Industrie und die Städte von ganz anderen Standpunkten an die Wirtschaft heranzutreten. Die Gemeinden als die Träger der öffentlichen Wirtschaft des Staates müßten zu einer ganzen Reihe von Wirtschaftsprüfungen und sozialen Fragen sich anders einstellen als die Privatwirtschaft. Aber das hindere nicht, daß beide gut miteinander arbeiten könnten. Der Vorwurf aber, daß die Gemeinden nicht sparsam genug wirtschafteten, sei unberechtigt. Man dürfe diese Auffassung keinesfalls übertragen auf Einrichtungen, die die Großstädte aus sozialen, erzieherischen und wirtschaftlichen Gründen für notwendig hielten. Ein Austausch von Waren ist nicht möglich, wenn nicht hinter ihnen der Mensch steht, der konsumiert.

Das Letzte und Bedeutendste an der Wirtschaft sei ja nicht die Ware, sondern der Mensch. Mit dem Mensch würde man niemals Qualitätsarbeit leisten können.

Wenn man jedoch Arbeiter, die durch die Volks- und Fortbildungsschulen der deutschen Großstädte gegangen seien, an die Maschine stellte, dann würde diese Arbeit gelingen. Nur so könne man zu einer vollwertigen Arbeitstrait kommen. Es sei nicht wahr, daß die Städte auf diesem Gebiete verschwenderisch gearbeitet hätten. Die Finanzstatistiken, deren Einzelergebnisse ja demnächst bekannt werden würden, werden beweisen, daß die Behauptung von der Verschwendung der Großstädte in das Reich der Fabel gehöre. Bezeichnenderweise ernteten die Ausführungen des Redners reichen Beifall.

Nun ergriff Reichsminister Curtius das Wort zu seiner Rede über die Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik, über die wir an anderer Stelle ausführlicher berichten. Von dem wichtigsten in Hamburg gegebenen Versprechen, auch die autonomen Zollgebiete Deutschlands abzubauen, war in der langen Rede leider mit keinem Wort die Rede.

Als Curtius geendet hat, spricht ihm der Vorsitzende Duisberg seinen Dank und das volle Vertrauen der gesamten Wirtschaft aus. Mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters

Landmann könne sich die Wirtschaft nicht voll einverstanden erklären, man würde sich darüber später noch aussprechen können. Daß aber auch wir — nämlich die Industrie — den Menschen als wesentlich für uns in Anspruch nehmen, und zwar nicht als Faktor, sondern als gewichtiges Glied in der Wirtschaft, dafür sind die Ansprachen bezeichnend, die heute im Kreise des Präsidiums des Reichsverbandes (unter Ausschluß der Öffentlichkeit) erfolgt sind. Duisberg schloß dabei mit der ausführlichen Bemerkung:

„Ich hoffe, daß Herr Landmann den Erfolg haben wird, die Industrie in die Großstädte zu ziehen. Ich aber möchte lieber der Industrie raten, möglichst aus das Land hinauszugehen.“

Es folgte darauf das Hauptreferat des Tages, das das Präsidiumsmitglied Geheimrat Kofft hielt über die

wirtschaftspolitischen Voraussetzungen der deutschen Qualitätsarbeit.

Nach einer eingehenden Begriffsbestimmung der Qualitätsarbeit erklärte er, daß es wünschenswert und nach seiner Ansicht durchaus vernünftig sei, wenn die Massen Anspruch auf eine hohe Qualität der Waren erheben. Es könne keinen Unterschied geben im Qualitätsbegriff des Verbrauchers mit niedriger und hoher Kaufkraft. Gerade der Verbraucher mit geringer Kaufkraft ist auf Qualitätsware angewiesen. Der Redner wies weiter darauf hin, daß durch Hebung der Produktionsqualität in der Landwirtschaft ein wesentlicher Teil des jetzigen Einfuhrüberschusses an Nahrungsmitteln überflüssig gemacht werde. Ausschlaggebend für jede Qualitätsproduktion sei, daß die Preise infolge der Inlandskonjunktur nicht so stark heraufgehoben werden, daß der Anschluß an den Weltmarkt verloren geht. Sowohl auf inländische wie auf ausländische Ware gelte in gleicher Weise der Satz, daß Massenproduktion und Qualität keine Gegensätze sind und auch nicht sein dürfen. Die Bedarfsdeckung in der ganzen Welt erfordere auch Massenproduktion und diese verlangt ein optimales Produkt. Nur bei sehr verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum sei eine solche Qualitätsleistung möglich. Hierzu müsse man die notwendigen technischen wissenschaftlichen und sozialen Voraussetzungen schaffen. Auf sinonopolitischen Gebiet sei eine Besserung durch Herabsetzung der Ausgaben des Staates notwendig. Insbesondere wandle er sich gegen die hohen Ausgaben der Länder. An einzelnen Beispielen, deren Unterfuchung der Reichsverband vorgenommen hat — die noch einer besonderen Kritik noch unterzogen werden müssen —, zeigt er, daß die Steuerbelastung gegenüber der Vorkriegszeit und dem Einkommen der Unternehmungen ganz bedeutend gestiegen sei. Für die Industrie, die Qualitätswaren herstellt, sei eine günstige Gestaltung des Kredit- und Anlagemarktes eine wichtige Vorbedingung.

Hohe Ausgaben für soziale Zwecke seien einer Qualitätsproduktion wegen der hohen Steuerlasten hinderlich!

Die Industrie wolle auf keinen Fall die wirtschaftlich Hilftosen dem Elend preisgeben, jedenfalls auch nicht zulassen, daß der Arbeitswille, aber Arbeitsunfähige nicht in ausreichendem Maße versorgt werde. Trotzdem findet der Redner die gegenwärtige Sozialbelastung zu hoch und warnt vor einer weiteren Erhöhung! Die Folge der Erhöhung habe der Wirtschaft wesentlich mehr genommen als ihr durch die kleinen Ermäßigungen der Eisenbahntarife gewährt worden sei. Eine solche Politik passe nicht in den Rahmen der Qualitätsproduktion. Auf dem Gebiet der Handelspolitik beschränkte sich der Redner auf einige Bemerkungen, in denen er zum Ausdruck brachte, daß die

Wirtschaft einen einseitigen Abbau der deutschen Zölle nicht wünsch.

Für die Entwicklung der Kartelle verlangt Kofft eine möglichst große Bewegungsfreiheit. Die Kartelle seien heute nicht mehr Organisationen zur Erzielung möglichst hoher Preise, sondern die wirkten auch durch die Aufstellung von Kalkulationsgrundlagen, durch die Prüfung der Qualität und durch andere Formen der Zusammenarbeit auf die Steigerung der Warenqualität ein. Es notwendig für die Qualitätsproduktion bezeichnete Kofft einen Stamm von gelernten Arbeitern.

In diesem Zusammenhang wandle er sich dagegen, daß das deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta) in Düsseldorf wegen ihrer arbeitsrechtlichen Propaganda bei den Gewerkschaften auf starken Widerspruch stöße. Er ertönte ausdrücklich, das „Dinta“ sei keine Einrichtung zur Bekämpfung der Gewerkschaften, sondern zur Ausbildung von Arbeiterneuwachst und zugleich zur Erzielung zu einer gewissen Verbundenheit mit dem Werte. Abschließend erklärte Kofft, daß es die moralische Pflicht der Wirtschaft sei, für eine Erhöhung des Lebensstandards zu sorgen. Notwendig dazu sei aber die Steigerung der Produktion und die Verbilligung der Waren (die bekanntlich bisher noch nicht zu spüren ist).

Das letzte Referat hielt Georg Müller, Oerlinghausen: „Deutschland auf den Weltmärkten.“ Er schilderte dabei im einzelnen die Bedeutung der Qualitätswaren für die Produktion und für den Absatz am Weltmarkt, wies aber auch darauf hin, daß die Erhaltung eines starken Binnenmarktes die erste Vorbedingung für einen fruchtbareren Export überhaupt sei.

Kommunistenwaffen beschlagnahmt.

Zwölf Gewehre mit Munition.

Zeitz, 2. September.

In den späten Abendstunden des 31. August wurde bei Grana im Landkreis Zeitz ein Batauto mit 12 Infanteriegewehren und Infanteriemunition angehalten. Die Waffen waren aus einem Versteck im Zeitzer Forst ausgegraben worden und sollten nach Halle gebracht werden. Sie gehörten Kommunisten, die dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden.

Neue Massenverhaftungen in Warschau.

Warschau, 2. September. (Eigenbericht.)

Am Freitag vormittag sind einhundert Personen verhaftet worden, die unter dem Verdacht stehen, der kommunistischen Partei anzugehören. Kommunistisches Propagandamaterial soll bei allen Verhafteten in großen Mengen vorgefunden worden sein. — Das Außenministerium läßt die Meldung über die beabsichtigte Ausweisung des hiesigen „Sowjetia“-Korrespondenten als unrichtig hinstellen.

Die Weltflieger im Orient.

Aleppo, 2. September.

Die beiden amerikanischen Flieger Brock und Schler haben Musulais, nördlich von Aleppo, heute nachmittags 2 Uhr 15 Min. in südlicher Richtung überflogen.

Schmeling schlägt Larsen.

Sandwina-Petersen disqualifiziert.

Die „Hauptkämpfe“ am gestrigen Vorkampfabend im Sportpalast endeten mit einem großen sportlichen Fiasko. Teddy Sandwina und der dänische Schwergewichtmeister Petersen wurden wegen Nichtkämpfens ohne Honorar disqualifiziert. Ein großes Pfeifkonzert folgte. Max Schmeling konnte den Dänen Larsen in der vierten Runde fertig machen, so daß die Eckunden das Handtuch warfen. Ueber die Kämpfe berichten wir morgen eingehend.

Am den verschwundenen General Zagoroff mit Gottes Hilfe zu finden, liegen seine Freunde in Warschau eine Wette abzugeben.

Der Kampf in Krefeld.

Die Rolle des Reichsarbeitsministeriums.

Der negative Ausgang aller bisherigen Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits in der Krefelder Seidenindustrie zwingt dazu, der breiten Öffentlichkeit einmal genauen Aufschluß über den Verlauf und die Bedeutung des Lohnkampfes zu geben. Die Öffentlichkeit soll rechtzeitig Klarheit bekommen, weil man sich bei der unersöhnlichen Haltung der Textilindustriellen nicht nur in Krefeld, sondern auch anderwärts

auf sehr schwere Wirtschaftskämpfe gefaßt machen muß.

Auf Grund der unzureichenden Löhne und des außerordentlich günstigen Geschäftsganges in der Krefelder Textilindustrie sind die dortigen Löhne von der Textilarbeiterschaft zum 15. Juli form- und fristgerecht gekündigt worden. Die Verhandlungen der Parteien verliefen ergebnislos. Die Folge war, daß die Textilarbeiterschaft mit 265 Leuten in den Streik trat. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuß Krefeld an; dieser fällt unter dem 1. und 2. August einen Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung für die Zeitlöhner und für die Akkordarbeiter vorsah. Der Spruch wurde von der Arbeiterschaft angenommen, von denselben Unternehmern, die den Schlichtungsausschuß angerufen hatten, abgelehnt. Der von der Arbeiterschaft angerufene Schlichter in Köln, dem der Antrag auf Verbindlichkeit unterbreitet wurde, lehnte diesen ab, weil die Unternehmer den Akkordarbeitern, also 75 Proz. der Krefelder Textilarbeiterschaft,

grundsätzlich keinerlei Lohnerhöhungen

geben wollten. Bestützt auf die Hilfe des Schlichters gingen nun die Unternehmer dazu über, am 8. August sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenstoffwebereien und am 15. August die der übrigen Branchen auszusperren. Die Existenz von circa 13 000 Menschen wurde den „Grundfäden“ der Unternehmer geopfert. Weitere 8000 Menschen in der Samtindustrie wurden in Mitleidenschaft gezogen, da sie durch das

Stilllegen der Produktion

in den an der Aussperrung beteiligten Betrieben auf Kurzarbeit gesetzt worden sind. Als der Schlichter sah, welchen Scherbenhaufen er mit seiner Stellung angerichtet hatte, versuchte er die Parteien durch eine nochmalige Aussprache einander näher zu bringen. Um der grundsätzlichen Frage, der Unternehmer, Akkordlöhnerhöhungen zu geben, aus dem Wege zu gehen, machte der Schlichter den Vorschlag, sämtliche Akkordarbeiterinnen und -arbeiter die Lohnerhöhung in Form einer Facharbeiterzulage zukommen zu lassen. Die Arbeiter waren bereit, dem Schlichter auch auf diesem Wege zu folgen; trotzdem lehnten die Unternehmer auch jetzt wieder jede Verbindlichkeit ab. Der Schlichter sah sich genötigt, die Angelegenheit dem Reichsarbeitsministerium zuzuführen.

Zwei Tage zogen sich die kontraktatorischen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium hin, um ergebnislos zu verlaufen. Die Unternehmer der gesamten Textilindustrie haben den Verhandlungen außerordentliche Bedeutung beigemessen. An den Verhandlungen haben nicht nur die am Streit beteiligten Herren

unter Führung des Syndikus des Spitzenverbandes

teilgenommen, sondern indirekt und hinten herum eine ganze Reihe von Syndikati anderer Bezirke, die am Streitfall gar nicht beteiligt waren.

Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums scheinen gar nicht gemerkt zu haben, welche lächerliche Rolle dem Reichsarbeitsministerium in dieser Frage von den Krefelder Unternehmern zugebracht war. Von dem ersten Willen befecht, dem Kampfe in Krefeld ein Ende zu machen, hat die Arbeiterschaft durch verschiedene Vorschläge eine Ueberbrückung der Gegensätze versucht. Unkonst, die Unternehmer beharrten auf dem Standpunkt, den größten Teil der Akkordarbeiter in Krefeld von der Lohnerhöhung auszuschließen. Für die Arbeiter war dieser Standpunkt unannehmbar. Als sie das den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums mitteilten, schienen diese merkwürdigerweise der Ansicht zu sein, daß die Arbeiter mit dieser bescheidenen, aber konsequenten Stellungnahme den Bogen überspannen!

Wie recht jedoch die Arbeiterschaft mit ihrer Stellungnahme im Reichsarbeitsministerium hatte, wird sichtbar durch die

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

befehlet. Auf dieser Tagung hat auch der Abgeordnete und einflußreiche Textilindustrielle Fromme aus Eibfeld, also aus dem schönen Rheinland, in dem zurzeit der große Kampf tobt und über den im Reichsarbeitsministerium verhandelt wurde, ein Referat über die Lohnpolitik der letzten Wochen gehalten. Hierbei wurde vom Redner betont, daß das Schlichtungsverfahren und die Verbindlichkeits-erklärungen, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben, wirtschaftsschädlich seien. Hier wurde also offen ausgesprochen, was drohend über den Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium schwebte, ohne von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums erkannt zu werden.

Der Kampf geht weiter. Die Textilarbeiterschaft von Krefeld wird sich erkämpfen, nachdem die Schlichtungsinstanzen versagt haben.

Agrarische Tendenzmeldungen.

Angelichter Arbeitermangel in der deutschen Landwirtschaft.

Die agrarischen Blätter sind in diesen Tagen mit Meldungen angefüllt, in denen in der erschütterndsten Weise über Mißernten und schwierige Ernteeinbringung geklagt wird. Besonders sollen sich in der pommerischen, mecklenburgischen und schleswig-holsteinischen Landwirtschaft unhaltbare Zustände herausgebildet haben. Die dort zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte seien nicht annähernd genügend, um bei den völlig anomalen Witterungsverhältnissen durch rechtzeitige Bergung einen wesentlichen Teil der Halmfrüchte vor dem Verderben zu schützen.

In wenigen Wochen werden die Beratungen über die Festsetzung des Ausländerkontingents für das Jahr 1928 beginnen. Soweit sich die Situation übersetzen läßt, werden sie mit dem Beschluß enden, es bei der jetzt geltenden Regelung, d. h. bei der Hereinkaffung von 100 000 ausländischen Wanderarbeitern zu belassen. Diese Regelung gefällt den landwirtschaftlichen Unternehmern nicht. Sie müssen dabei auf manchen ausländischen Wanderarbeiter verzichten, den sie gern beschäftigt hätten. Was liegt deshalb für die landwirtschaftlichen Unternehmer näher, als beizugehen auf dem Posten zu sein und durch eine wirksame Propaganda in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ginge es ohne Herabsetzung des Ausländerkontingents nicht.

Das muß in erster Linie bei dem Studium der erwähnten Meldungen in Betracht gezogen werden. In Betracht zu ziehen ist dann auch die Unvollständigkeit der Meldungen. Wenn die Öffentlichkeit schon glauben soll, daß sich ein erschreckender Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften herausgestellt hat, muß mindestens eine Uebersicht über die von den einzelnen Arbeitgebern abgegebenen Bescheide veröffentlicht werden. Es muß, mit anderen Worten gesagt, die Möglichkeit zu schnellster Nachprüfung gegeben sein.

Hinweisen möchten wir die landwirtschaftlichen Unternehmer

auch auf die Broschüre, die der Pommerische Landbund kürzlich über die deutschen Wanderarbeiter herausgegeben hat. In dieser Broschüre lehnen dieselben pommerischen Landwirte, die sich heute über Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften beklagen, deutsche Wanderarbeiter in beleidigendster und ehrverleumdendster Weise ab. So handelt kein landwirtschaftlicher Unternehmer, dem Arbeitskräfte fehlen und dessen Betrieb in Not ist. So handeln nur Leute, die bestimmte Absichten verfolgen, diese aber nicht deutlich aussprechen möchten.

Die Behörden dürfen jedenfalls auf die Nachrichten der agrarischen Blätter hin nichts unternehmen, bevor sie sich nicht mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeiterorganisationen eingehend über die tatsächliche Lage unterhalten haben.

Schlichtungsverhandlungen für die Reichsbahn.

Die unmenschlichen Dienstschichten müssen verschwinden.

Die Schlichtungsverhandlungen zur Regelung der Dienstdauervorschriften bei der Reichsbahn beginnen am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium. Die wiederholt zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahngesellschaft geführten Verhandlungen zur Verbesserung der vielfach geradezu unmenschlichen Arbeitszeit im Reichsbahnbetrieb hatten bisher keinen praktischen Erfolg.

Verhandlungen über die Befoldungsreform.

Beginn am 8. September.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Beamten und dem Reichsfinanzministerium über die Befoldungsfrage beginnen, wie verkündet, am Donnerstag, dem 8. September.

Beamtentagung zur Befoldungsreform.

Auf Beschluß des Vorstandes des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter findet im Anschluß an den zweiten Bundestag des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats am 15. September in Berlin eine Sitzung des Reichsbeirats des Reichsbundes der Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen (RBA.) statt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Befoldungsfrage.

„Der wilde Streik in der Filmindustrie.“

Und die uneigennütige IAH.

Der Bericht in Nr. 411 des „Vorwärts“ über den wilden Streik in der Filmindustrie hat den „Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe“ veranlaßt, uns eine pressegesetzliche „Berichtigung“ zu schicken. Darin wird als unwahr bezeichnet, daß ein Vertreter der IAH in einer Streikversammlung gesprochen und irgendwelche Zusicherungen gemacht habe.

In unserem Bericht war dieser Vertreter der IAH, als „ein Vorstandsmitglied der Filmgewerkschaft“ eingeführt und nachher als „Vertreter der IAH“ bezeichnet worden. Möglicherweise, daß der Betreffende nicht oder nicht mehr offizieller Vertreter der IAH, war und er als solcher nur infolge seiner intimen Beziehungen zur IAH, angesprochen wurde.

„Wahr ist“ — sagt die „Berichtigung“, „daß wir von der Streikleitung um Hilfe ersucht worden sind.“ Jemand, welche Barunterstützung hätten auch sogenannte „Zünftige“ nicht erhalten.

„Wahr ist, daß von der Berliner Ortsgruppe der IAH, nachdem

der Streik der Filmarbeiter drei Wochen andauerte, die Streikenden mit Brot und Speck unterstützt worden sind.“

In unserem Bericht war gesagt: „Für jeden Streikenden gab es ein Brot und ein halbes Pfund Speck.“ Nach drei Wochen!

Die IAH, habe keine Sammellisten zwecks Aufbringung der Mittel für die ausgegebenen Unterstützungen in Umlauf gesetzt, sondern ihre Ortsgruppe Berlin habe das Gegebene aus ihrer Kasse bestritten. Sie brauche auch keine wilden Streiks, um ihre Kassen aufzufüllen. Von der ständigen Repperei, die gerade unter Berufung auf die wilden Streiks vorgenommen wird, spricht die Berichtigung wohlweislich nicht. Oder will die IAH, behaupten, daß ihre Kasse sich von selbst füllt?

Die Berichtigung — die von der „R. F.“ bereits pervertet wurde, bevor wir sie in Händen hatten — ändert nichts an der Tatsache, auf die es in dem Bericht ankam. Nämlich an einem Beispiel zu zeigen, daß ein wilder Streik heute von vornherein ziemlich verfehlt ist und auch eine etwaige Unterstützung durch die IAH, daran nichts ändern kann.

Lohnbewegung im Bergbau Ost-Oberschlesiens.

Die Zechenbesitzer wollen ein Geschäft machen.

Kattowitz, 2. September. (Mh.)

Die Gewerkschaften haben zum 1. Oktober den Tarifvertrag sowohl für die Bergarbeiter wie für die Hüttenarbeiter gekündigt und verlangen eine Lohnerhöhung von 20 Proz. Die Unternehmer machen eine Lohnerhöhung, die allerdings im Höchstfall 5 Proz. betragen würde, davon abhängig, daß die Regierung eine Erhöhung der seit etwa einhalb Jahren gleichgebliebenen Preise für die Eisenbahndienststoffe bewilligt. Bisher hat sich die Regierung diesen Anträgen gegenüber ablehnend verhalten. Da für die ins Ausland gehende Kohle fast durchweg Preise erzielt werden, die kaum die Herstellungskosten decken, müssen die Gruben bei den Anlandpreisen um so mehr herauszufinden suchen. Die Preise im freien Handel sind schon seit längerer Zeit erheblich höher, als die für die Eisenbahndienststoffe. Wenn eine Einigung nicht erzielt wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Streik kommt.

Lohnbewegung der Hafenarbeiter der Nordseehäfen.

Hamburg, 2. September. (Mh.)

Die Organisation der Hafenarbeiter der Nordseehäfen hat den jetzt gültigen Lohnvertrag zum 1. Oktober gekündigt. Gefordert wird eine Erhöhung des Tageslohnes für die erste Schicht von 7,80 auf 9 Mark. Die Entlohnung für weitere Schichten soll sich automatisch regeln. Der Hafenbetriebsverein hat zu der Kündigung noch keine Stellung genommen. Es dürfte in der kommenden Woche zu Verhandlungen kommen.

Schlichtungsversuch in Queensland.

London, 2. September. (Eh.)

Den Gewerkschaften in Queensland (Australien) ist es gelungen, bei den Schlichtungsbehörden eine für beide Teile verbindliche Konferenz einzuberufen, um eine Beilegung der Auseinandersetzungen mit den Eisenbahnern herbeizuführen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: Baumkultenweg: Jugendheim Grützer, 16. Gruppenabend. Der Erntedank soll um 10½ Uhr im Orpheum, Hafenstraße, — Roten, Sonntag: Eisen-Eidweissen; Wanderung Bernau-Heilse-Bernau. Treffen 6 Uhr Stationen Rotterbahnhof.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gemeindefortschritt: J. Strimer; Kultur: A. G. Böcher; Soziales und Conziles: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und -Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Zu oberst bleibt

OBERST

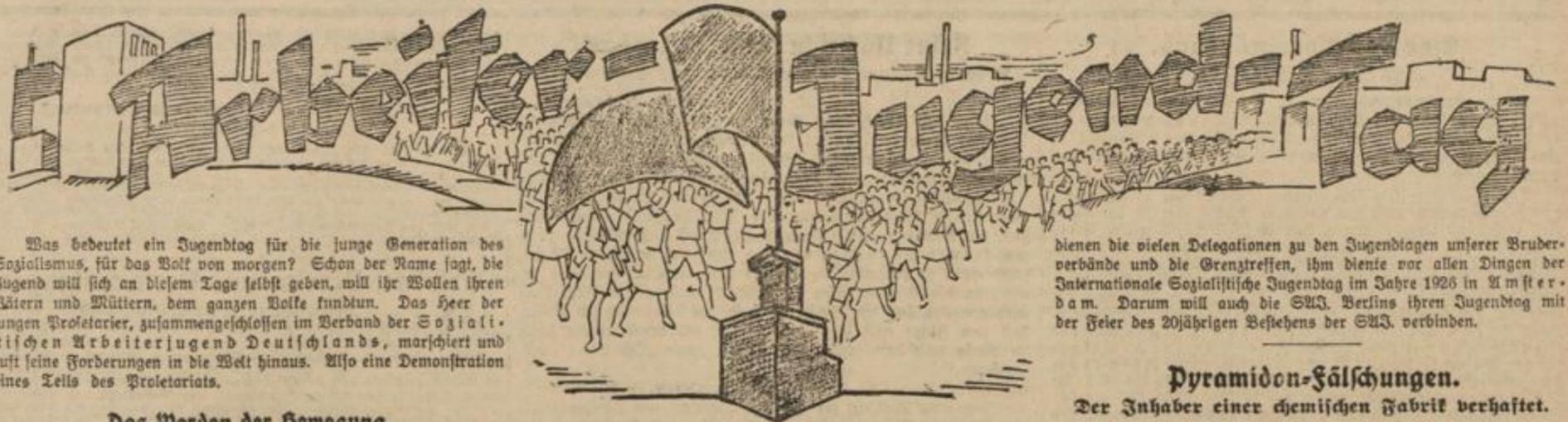
die köstliche

5M

Zigarette.

Ein Heft der Waldorf-Wücherei
liegt jeder OBERST-Packung bei!

WALDORF-ASTORIA



Was bedeutet ein Jugendtag für die junge Generation des Sozialismus, für das Volk von morgen? Schon der Name sagt, die Jugend will sich an diesem Tage selbst geben, will ihr Wollen ihren Vätern und Müttern, dem ganzen Volke kundtun. Das Heer der jungen Proletarier, zusammengeschlossen im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, marschiert und ruft seine Forderungen in die Welt hinaus. Also eine Demonstration eines Teils des Proletariats.

Das Werden der Bewegung.

Wie entwickelte sich die proletarische Jugendbewegung? Sie wurde als staatsgefährlich in allen Obrigkeitsskizzen angefahren und dementsprechend als ein geheimes Bild behandelt. Ein Demonstrieren der Jugend für ihre Forderungen, die Entfaltung eigenen Lebens, war unmöglich. Im Laufe der Jahre wurden sämtliche Vereine der Arbeiterjugendorganisation aufgelöst, ihrer Arbeits- und Kampfmöglichkeit beraubt. Unter solchen Verhältnissen konnte die Arbeiterjugend natürlich nicht daran denken, selbstgestaltend zu wirken, Jugendtage zu veranstalten. Nach den Elendsjahren des Krieges kam ein Ereignis, das zwischen dem trübten Gestern und dem verheißungsvollen Heute liegt, die deutsche Revolution. Mit einem Schlage wurden alle Stricke und Fuhngeln, die den Vormarsch der jungen Garde des Proletariats hinderten, hinweggefegt. Das war der Beginn einer neuen Epoche für die Arbeiterjugendbewegung. Jetzt konnte die Jugend frei und ungehindert ihrem Willen Ausdruck geben, hatte Zeit und Ruhe selbstgestaltend und selbstformend tätig zu sein. Ein Zeugnis dafür, daß in der Jugend dieser Wille vorhanden ist, war der erste Reichsjugendtag im Jahre 1920 in Weimar. In jener Stadt, in der ein Jahr vorher die deutsche Nationalversammlung tagte und dem deutschen Volke die Verfassung gab. Es war das erstmalig, daß die Massen der Jugendlichen selbst zusammenkamen. Dieser erste Reichsjugendtag der arbeitenden Jugend wurde ein Ereignis für die gesamte Arbeiterklasse, er war ein Kraftquell für die zu neuen Höhen emporsteigende Arbeiterjugendbewegung. Jetzt war es klar, daß die Veranstaltung solcher Jugendtage zum Aufgabenfeld der Sozialistischen Arbeiterjugend gehört. Nirgends kann der Wille der Jugend deutlicher und eindringlicher zum Ausdruck gebracht werden als auf solchen Jugendtagen.

Was fordert die arbeitende Jugend?

Unser Ruf nach Jugendschutz und Jugendrecht steht im Vordergrund unseres Kampfes und steht auch im Vordergrund der Demonstrationen unserer Jugendtage. Der gewaltige und eindrucksvolle Hamburger Jugendtag im Jahre 1925 stand ganz in seinem Zeichen. Kann wohl ein Ruf deutlicher und wirkungsvoller ertönen, als wenn ihn 30 000 erschallen lassen? Unsere Anteilnahme am politischen Geschehen befandete wir am besten auf dem Nürnberg-Jugendtag 1923 durch die dortige große Kundgebung für die Republik, die in jenen Tagen besonders bedroht war. Gegen Völkermord und für den Weltfrieden demonstrierte die arbeitende Jugend immer wieder auf ihren Jugendtagen. Wie wieder Krieg! ist die Parole. Neben dieser Bedeutung der Jugendtage als wirkungsvolle Demonstration für die Forderungen der arbeitenden Jugend sind sie für die Organisation noch von hohem inneren Wert. Die jungen Arbeiter aus Ost und West, Nord und Süd reichen sich die Hände zu gemeinsamer Arbeit. In ihnen wächst das Bewußtsein, wir sind ein großes, ein mächtiges Heer. Unter roten Fahnen marschieren Tausende dem Ziel entgegen, ein Wille, ein Weg verbindet sie alle. Der Kampfeswille jedes einzelnen wird neu gestärkt, der Wille zur Gemeinschaft gefestigt. Aber noch von einem anderen wertvollen Gut der sozialistischen Jugendbewegung legen die Jugend-

tage Zeugnis ab. Die SWJ weiß, daß sie nicht warten kann, bis der Sozialismus seinen Einzug gehalten hat, heute schon muß sie den sozialistischen Menschen erziehen, der in seinem Leben und Wirken ein Stück Sozialismus lebendig gestaltet.

Außer den Reichsjugendtagen, diesen Meilensteinen der Bewegung — Weimar, Bielefeld, Nürnberg, Hamburg, — finden auch in den einzelnen Bezirken des Verbandes Jugendtage statt. Sie sind zu einem unentbehrlichen Aufgabengebiet geworden. Die Reichsjugendtage unserer Berliner Organisation sind von der alten und jungen Generation freudig begrüßte Kampfs- und Festtage. Nun ruft aber die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin zu einem Jugendtag am 4. September im Schillerpark auf, dessen Bedeutung die unbedingte Anteilnahme der gesamten werktätigen Bevölkerung Berlins erfordert. Gerade hier in der Großstadt gilt es, die Massen der abseits stehenden Jugend durch solche gewaltigen Demonstrationen und Jugendtage zu begeistern und zu erheben.

Der diesjährige Jugendtag.

Eine Morgenseier im Mercedespalast in der Ullricher Straße vereint die Jugend am Sonntag. Szenen aus Hauptmanns „Weber“ bilden den Höhepunkt der Feier. Daran schließt sich ein Umzug durch den Norden Berlins, zum Schillerpark, der eigens für diesen Zweck dem Gepräge der Veranstaltung gemäß ausgeschmückt wurde. Aus der Mitte leuchtet der rote Turm der Kameradschaft hervor, ausgeführt nach Entwürfen Prof. Lauts. Ringsherum die Fahnen der verschiedenen außerdeutschen Länder, ein rotes Band führt von den einzelnen Fahnenmasten zum Turm der Kameradschaft, ein sinnvolles Symbol des internationalen Sozialismus. Nach dem Einzug in den Schillerpark findet zunächst eine kurze Eröffnungs- und Kundgebung statt, der sich dann die Darbietungen der Gruppen und Bezirke auf der großen Wiese und die Wettspiele auf der Sportwiese anschließen. Gerade diese Darbietungen werden einen guten Einblick in die Arbeit der SWJ geben. Nun folgt die Schlafkondgebung, die dem Gedächtnis des 20jährigen Bestehens der SWJ gewidmet ist. Es werden darum neben inländischen auch eine Reihe ausländischer Genossen zu uns sprechen. Dann gibt es einen Fackelzug. Je machtvoller die Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung Berlins ist, um so eindringlicher wird der Jugendtag auch unseren Begnern und Feinden sein.

Vor 20 Jahren wurde in Stuttgart die Sozialistische Jugend-Internationale gegründet. Genau wie die erwachsene Arbeiterschaft, muß sich, das war das Ziel, die arbeitende Jugend über die Grenzen des Landes die Hände reichen zu gemeinsamem Kampf und gemeinsamer Arbeit. In diesen 20 Jahren ihres Bestehens hat die SWJ ihre Lebenskraft bewiesen. Sie ist von großer Bedeutung für Arbeit und Fortentwicklung der einzelnen Verbände und hat sich auch rein zahlenmäßig ständig aufwärts entwickelt. Die Masse der Jugendlichen selbst zum internationalen Denken zu erziehen, ist ihre Aufgabe. Dem

dienen die vielen Delegationen zu den Jugendtagen unserer Bruderverbände und die Grenztreffen, ihm dienste vor allen Dingen der Internationale Sozialistische Jugendtag im Jahre 1926 in Amsterdam. Darum will auch die SWJ Berlins ihren Jugendtag mit der Feier des 20jährigen Bestehens der SWJ verbinden.

Pyramiden-Fälschungen.

Der Inhaber einer chemischen Fabrik verhaftet.

Nach langen Ermittlungen ist es der Berliner Kriminalpolizei im Verein mit der J. G. Farbenindustrie gelungen, umfangreiche Fälschungen von Pyramiden aufzudecken.

Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten. Im November v. J. tauchten in Berlin größere Mengen verfälschter Pyramiden auf, dessen Herstellung das Monopol der J. G. Farbenindustrie, vorm. Höchstler Farbwerke, ist. Schon damals beschäftigte sich die Dienststelle J. 4 der Kriminalpolizei mit den Verfälschungen und stellte fest, daß der Vertrieb von der Köpenicker Straße 147 aus erfolgte, wo die Firma „Mikima, Fabrik chemischer und pharmaz. Präparate G. m. b. H.“ ihre Räume hat. Bei einer überraschend vorgenommenen Durchsuchung wurde zwar ein größerer Posten verfälschter Pyramiden gefunden, es gelang aber nicht, den Beweis zu erbringen, daß die „Mikima“ die Herstellerin der Fälschungen war. Man mußte der Versicherung glauben schenken, daß das Pyramiden von einem unbekanntem Manne erworben worden war. Zu Anfang d. J. und in den folgenden Monaten tauchte das verfälschte Präparat aber auch in anderen deutschen Städten, z. B. in Hamburg auf, später noch in Polen und Holland und zuletzt in Paris. Sowohl die Verpackung als auch das Präparat selbst waren verfälscht.

Bei den neuerdings wiederum angestellten Nachforschungen stieß man nun in Berlin bei einem größeren Fuhrunternehmen auf eine Anzahl Kisten, die von der „Mikima“ dort zur Beförderung abgegeben worden waren. Die Kisten wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und der Inhalt untersucht. Es ergab sich jetzt einwandfrei, daß man abermals verfälschtes Pyramiden vor sich hatte. Bei einer erneuten Durchsuchung des Betriebes in der Köpenicker Straße fand man auch Matrizen und alles andere, was zur Herstellung der Fälschung erforderlich war. Der Inhaber der Firma und ein Werkmeister wurden festgenommen und eingehend verhört. Nach längerem Zeugnis konnten sie aber der Verfälschung überführt werden. Mit der Aufdeckung dieser Nachschichten scheint die Flucht eines angeblichen Dr. Walter Hoenig im Zusammenhang zu stehen, der plötzlich aus Berlin verschwunden ist.

Die Untersuchung über die Ausdehnung und das Absatzgebiet der Fälschungen ist noch nicht abgeschlossen. Mitteilungen von Geschäftsleuten, die mit der Firma „Mikima“ in Verbindung standen und ihre Fabrikate bezogen haben, nimmt Kriminalkommissar Halling, Dienststelle F 4, in der Georgenkirchstraße 30a entgegen.

Ein republikanisches Volksfest findet am Sonntag, dem 4. September, in Bohnsdorf auf dem neuen Sportplatz, Schulendorfer Str. statt. Eine große Zahl Kameradschaften vom Reichsbanner hat Beteiligung zugesichert. Der Festzug nimmt 14 Uhr Aufstellung am Bahnhof Oranienau. Auf dem Sportplatz von 15 Uhr: ab Reden des Bürgermeisters Kow., Konzerte, Gelangsvorträge, Sportliche Wettämpfe, Bog- und Jiu-Jitsu-Vorführungen, Kinderbelustigungen aller Art, Tombola u'm.

Die Silberchwärme

Von Rex Beach

(Nachdruck verboten)

Katastrophe Übersetzung aus dem Englischen von Julia Roppel

Am dritten Tage entdeckte Boyd zwischen den Streikenden den Mann in dem grauen Anzug und zeigte ihn seinen Begleitern, Clyde und Frazer, die aus Neugierde auf das Dock gekommen waren. Clyde schlug vor, daß man einen Ausfall machen und sich des Kerls bemächtigen sollte; wenn sie ihn erst drinnen im Packhaus gefangen hielten, konnten sie ihn so lange prügeln, bis er gestand, daß Marsh hinter den Streikenden stehe. Clydes Tapferkeit aber nahm erstaunlich ab, als Frazer boshaft vorschlug, der junge Mann solle selbst den Angriff leiten.

Obgleich ein aufgeregter Haufe genug Sprengstoff enthält, ist er nicht eigentlich gefährlich, so lange seine Gewalttätigkeit nicht von einem Führer in eine bestimmte Richtung gedrängt wird. Erst wenn das der Fall ist, wird er in Wahrheit furchtbar; die Männer auf dem Dock waren sich bald darüber klar, daß ein leitender Einfluß sich beim Feinde geltend machte. Am Abend des vierten Tages pläzte die Bombe. Plötzlich und ganz unerwartet, stürmten die Streikenden mit vereinten Kräften das Dock, indem sie die Wache fortsetzten, als sei sie Schilfrohr. Noch bevor die Fischer ihre Arbeit verlassen konnten, waren die Streikenden im Lager schuppen, und bald herrschte dort ein wildes Chaos. Das Gebälde erzitterte unter dem Lärm von Stiefelschlägen, Geschrei und Flüchen, und die hohe Decke gab den Lärm vielfach zurück.

Emerson und seine Begleiter sahen sich selbst wie Späne in einer Brandung von dem Tumult mitgerissen und in einen Mahstrom gewirbelt, wo die erste Pflicht Notwehr war. Hinter verschlossenen Türen und klirrenden Fensterscheiben war ein entsetzter Kontorist im Begriff, an das Hauptpolizeiamt zu telephonieren, während der Haufe in dem Hauptgebäude, wo Warenhäusern mit Getöse umgeworfen wurden, freischreie und schrie.

Die Fischer hatten sich mit Knüppeln und Eisenhaken bewaffnet und richteten großen Schaden zwischen den Angreifern an. Es glückte Boyd, sich zu einem Haufen Maschinenteile durchzukämpfen, so daß sein Rücken gedeckt war; dort blieb er stehen, riß ein Bretterstück los und schlug mit dieser Waffe so wütend um sich, daß sich ein freier Platz um ihn

bildete. Schon war es schwierig, Freund und Feind zu unterscheiden, da sah er plötzlich den Mann in dem grauen Anzug, der auf einen Warenhaufen geklettert war, von wo er auf die Menge herabstah. Der Mann erkannte auch Emerson und zeigte auf ihn, während er etwas in die Menge hinabrief und von seinem erhöhten Platze herabsprang.

Bedor Emerson noch den persönlichen Charakter des Angriffes ganz erfasst hatte, war er in ein wütendes Handgemenge verwickelt. Er hatte so wenig Platz, daß er seinen Stok kaum gebrauchen konnte und gezwungen war, sich auf seine Fäuste zu verlassen. Da wurde er von einem Schlag in die Seite getroffen, so daß er in die Knie sank. Noch einmal versuchte er, sich aufzurichten, seine Glieder aber versagten den Gehorsam, er konnte nur seinen Arm heben, um den tödlichen Schlag, den er erwartete, abzuwehren. Aber er kam nicht. Statt dessen hörte er einen Gewehrschuß — den Laut, auf den sein Ohr schon lange gelauscht hatte — und im nächsten Augenblick sank ein schwerer Körper auf ihn herab. Mit einer letzten Kraftanstrengung befreite er sich von dem Körper, der über ihm lag und stand schwankend auf seinen Füßen, der Kopf schwindelte ihm, die Knie drohten zu versagen. Er sah eine Gestalt vor sich stehen und wurde von Frasers Armen aufgefangen: „Boyd, bist du verwundet?“

Er war viel zu verwirrt, um zu antworten, indem er sich aber umblühte, sah er den Körper eines Mannes längelung auf dem Boden liegen, das Gesicht zur Erde. Weiterhin sah er den Mann in dem grauen Anzug in der Menge verschwinden. Noch immer begriff Boyd nicht, woher der Schuß gekommen war, obgleich er einen Geruch von Pulver in der Nase spürte. Da sah er ein Gewehr in Frasers Hand blitzen.

Die Schläge raste noch, als die Polizei nach einiger Zeit zur Stelle kam, und sie hörte erst auf, als die Polizei durch wiederholte Angriffe die Streikenden zersplittert hatte. Das Dock leerte sich schließlich, und viele Wagen fuhrn mit blutenden Kompfbrüdern zum Arrest, Arbeiter der Fachvereingung und Fischer Seite an Seite.

Am Abend berichteten die Zeitungen mit fetten Ueberschriften von dem Vorfalle; ein Fischer war tödlich verwundet, einer der Streikenden durch einen Gewehrschuß gefallen und viele andere hatten leichtere und schwere Verletzungen davongetragen.

Die folgenden Tage waren sehr anstrengend für die Kompagnons, weil sie mit einer verminderten und beschädigten

Mannschaft unter beständiger Bewachung arbeiten mußten. Es lag noch immer Aufruhr in der Luft.

Etwas machte Boyd bedenklich, nämlich die Tatsache, daß bisher noch keine Untersuchung eingeleitet war, um den Tod des Streikenden, der durch den Gewehrschuß gefallen war, festzustellen. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß Marshs Spion Zeuge der Szene gewesen war, und daß es ihm ein leichtes sein würde, ihn, Emerson, der Tat zu beschuldigen. Da es Marshs Pflicht war, ihn so lange als möglich in Seattle zurückzuhalten, konnte er nicht begreifen, warum er die Situation nicht ausnützte und ihn verhaften ließ.

Dicht neben Kapitän Peasleys Dampfer luden die Schiffe seiner Rivalen, und fast schien es, als ob Marsh trotz allem zuerst nach Kalvik kommen würde. Als Emerson seine Bedenken äußerte, ging George zwischen den Fischern herum, lockte sie, drohte ihnen, bestach sie, bis sie wie die Teufel arbeiteten, und am zwanzigsten des Monats konnte er Emerson endlich mitteilen, daß die Ladearbeit am nächsten Montag beendet sein würde.

Am Morgen des folgenden Tages fuhrn Emerson, Clyde und Frazer gemeinsam mit Cherry in einem geschlossenen Wagen zum Dock, ohne daß ihnen unterwegs etwas zustieß.

Die Abfahrt eines Nachtskonservendampfers nach dem Norden ist immer ein lohnender Anblick, eine Schenswürdigkeit des Hafens in Seattle. Außer der Verwirrung, die hier bei der Abreise eines Frachtdampfers unvermeidlich ist, kommt hier noch der unbeschreibliche Lärm hinzu, den die Einschiffung einer orientalischen Mannschaft stets im Gefolge hat. Chinesen reden so laut und unaufhaltsam, daß sie das heisere Geschrei der Lastträger, den Lärm der marrenden Tassen und das Stampfen der Kräne übertönen. Wie ein wahnwitzig gewordenes Heer wogen sie hin und her, überall sind sie im Wege, plappernd, kreischend, rufend. Sie sind wasserscheu, eine Seereise birgt in ihrer Vorstellung viele Gefahren, durch nichts sind sie zu beruhigen und sie lassen sich erst an Bord treiben, wenn ihre Erregung sich ausgetobt hat und sie zu Tode erschöpft sind. Es ist nicht rasch, sie auf Seemannsart zu disziplinieren, denn viele sind große, bössartige, safranfarbene Burken, in deren behenden Händen ein Messer eine gefährliche Waffe ist. Die Japaner, sonst so stille und gehorsame Leute, werden von ihnen angesteckt und tragen auch ihren Teil zu der allgemeinen Verwirrung bei. Jeder Mann hat seinen bescheidenen Besitz in Bündeln und Paketen bei sich und bewacht ihn mit freischender Fürsorge.

(Fortsetzung folgt.)

Die Hinrichtung.

Von A. M. Fren.

(Schluß.)

Eine Woche später hatte er die Kleinigkeit immer noch nicht unternommen, aber einen Vorschlag zu Papier gebracht, dem er, bei seinem Ansehen, genug Nachdruck verleihen konnte, um ihn schnell und in seinem Sinne entschieden zu sehen; er machte geltend, daß das Volk es sei, das gesamte, das die Exekutive habe; das Urteil sei gesprochen im Namen des Volkes — so möge auch das Volk vollstrecken.

Man ließ seinen Ausführungen ein geneigtes Ohr. Man beriet bejahend und beschleunigte die Verabschiedung der neuen Norm, und alsbald — ehe jener Monat endete — war der Knopf öffentlich.

Er war angebracht in Meterhöhe auf einem Normordblock — mitten auf einem Platz. Dort stand auch das Justizgebäude und ihm gegenüber lag das Haus, in dessen erstem Stock der alte Richter wohnte. Er hatte also — war er im Dienst, war er daheim — stets den Blick auf den Knopf. Er tat ihn, man kann sagen, dauernd. Er hatte Ferngläser hängen und drüben und beobachtete, soweit Arbeit und Schlaf ihm Zeit ließen, unangesehnt die Passanten.

Sie kamen und lachten, wie von einem Tisch, die Aufschrift ab. Sie zögerten, manche wie gelähmt; sie sahen einander heimlich an und schlenderten — schlüpfen — flohen weiter. Die Schrift lautete: Wer den Knopf berührt, tötet einen zu Recht im Namen des Volkes von Gesetzes wegen verurteilten Mörder. Das Wort „tötet“ wurde nach zwei Tagen wieder herausgemittelt und ersetzt durch das Wort „richtet“; es war, als wolle es unsicher sich verfrachten in den Stein.

Dem alten Richter mißfiel das. Er wanderte an seinen Fenstern hin und her, den Obergucker in der einen Hand und die andere mit unruhig wirbelnden Fingern auf dem Rücken.

Da wurde ihm ein Mensch gemeldet. Der Mensch kam verlegen und offenbar innerlich sehr beschäftigt ins Zimmer gestolpert. Er vergaß seinen Namen zu nennen und begann gleich: „Da unten — dort — — jawohl, ich will schon drücken, denn Werd, o ja, muß schwer bestraft werden. Aber man sagt mir, Sie haben das Urteil gesprochen und da möchte ich gern vorher wissen, was der Verbrecher verbrochen hat.“

„Gemordet“, sagte kurz der Alte. „Das weiß ich“, beeilte sich der Junge. „Aber wen und wieso? Stimmt es, eine Frau hat einen Kindsmord begangen. Ich stelle mir vor, sie hat das Kleine ertränkt. Solch entmenschte Mütter gibt es ja. Obwohl man vielleicht wissen möchte — obwohl man sagen könnte —“ Er brach ab.

„Schlimmer“, log der Richter. Etwas trieb ihn, vorzusprechen, zu prüfen. „Um eine Frau mag es sich handeln, aber um keinen schnell gefassten Entschluß — um eine langsame Prozedur. Ein Giftmord — mit weltlichem Vorbedacht, mit Kaltblütigkeit und graujamen Sinnes.“

„Al Scheusal!“ — Es war, als wollte der Fremde zur Tür und hinuntereilen.

„Warten Sie noch“, sagte der Richter. „Eine Frau hat gelüdet aus ungezügelter Eile. Ihren Gatten. Um einem anderen gehören zu können.“

Der Junge trat näher. „Aus Liebe?“ „Ich habe gesagt: aus Eile“, erklärte der Alte scharf. „Sie hat ihr Opfer leiden sehen und hat gelüdet. Rächelnd hat sie es getrostet — über Todeschmerzen, die sie zubereitet hatte.“

„Ist sie schön?“ fragte der Junge leise.

Der Alte befaß sich — so, als sei er sehr im Zweifel, was er antworten müsse. Aber dann betonte er: „Sehr schön und jung.“

Der Fremde schwieg. Dann wagte er zu widersprechen: „Aber vielleicht möchte man doch sagen, daß sie aus Liebe nur —“ er fuhr nicht fort.

„Wandelt das etwas?“ fragte der Richter sehr laut. Der Junge schien trotzdem nicht gehört zu haben. „Wenn ich bedenke“, sprach er leise vor sich hin, „daß um meinetwillen eine Frau solches täte — ja, wie sollte ich die Kraft haben, ihr das Leben zu nehmen, die mir das Ihre bringen wollte?“

„Es geht nicht um Sie, es geht um alle.“

„Ging es gerade da nicht um mich und die Frau? Es geht doch um Menschen unter uns Menschen.“

„Halt, Sie lassen sich verwirren, weil Sie glauben, die Frau sei jung und schön. Aber das stimmt nicht — Sie müssen verzehren — ich habe Ihnen Erfundenes vorgezeigt. In Wahrheit wartet ein Mann auf seine Tötung, der einen anderen mit Vorbedacht getötet hat.“

„Aus welchen Gründen?“ „Ich werde mich hüten, Ihnen Gründe zu nennen, ich habe gesehen, auf was für Abwege Sie führen. Es muß genügen, zu wissen, daß jener sich selbst als Mörder bezeichnet, daß er nichts beschönigt, daß er unter das Gesetz fällt — so glatt einer darunter fallen kann.“

Aber die Worte schienen abzuprallen. „Vielleicht hat auch er aus Reue oder aus Haß gehandelt. — Wist Ihr, was Ihr eigentlich hinrichten müßtet? Die Liebe selbst und all diese Dinge, jawohl, all diese Dinge!“

„Im Philosophieren sind Sie schwach“, beehrte der Richter hochmütig milde. „Im Handeln werden Sie besser sein. Gehen Sie hinunter und tun Sie, was Sie schon vorhaben.“

„Rein“, schrie der Junge, „mein, ich nicht! Und ich will jeden abhalten, den ich abhalten kann. Aber ohnedies wird wohl niemand es tun.“

„Warum eigentlich nicht?“ fragte der Richter in die Luft, mit gefalteten Händen.

„Weil wir uns fürchten“, sagte der Junge stockend. „Weil —“ Der Alte winkte ab. „Ich möchte mit Ihnen nicht mehr diskutieren. Wir verstehen einander doch nicht recht. Bitte gehen Sie.“ Der Junge war schon draußen.

„Warum eigentlich nicht?“ wiederholte der Alleingebliene. Er spähte hinunter. Da standen sie, lachen und gingen weiter, ihn über den Platz. Sollte die wichtigste Person beim ganzen Handel doch der Scharfrichter sein? Jene Person, die man immer als die nebenwichtigste hingestellt hatte? Finsternen Gesichts begann er zu grübeln. . . .

Er unterhielt Verbindung mit den Wärttern des Beurteilten. Er lebt, lebt, lebt — waren die ununterbrochenen Auskünfte auf seine Anfragen. Denn ihm genügte nicht eigene Beobachtung durch die Gläser. Er verzichtete nur dann auf telephonische Kontrolle, wenn er, wie jetzt, sich ans Fenster setzen und unabhängig den Stein belauern konnte.

Der finstere Abend ließ die Passanten spärlicher vorbeistreichen.

Als der Berkehr schon so dürftig war, daß der Platz manchmal minutenlang menschenleer blieb, nahte eine Gestalt, die ein Arbeiter sein mochte — eher noch ein häuerliches Wesen. Er trug eine Art Korb auf dem Rücken und man sah ihm an, daß ihm heiß und beschwerlich zumute war.

Die Gestalt trat an den Stein heran; der schien etwas Neues für sie zu sein. Mit Spannung bemerkte der alte Richter, daß sie sich niederbeugte auf die Inschrift — zu seinem Erstaunen aber von der verkehrten Seite, bis er begriff: das Wesen dort kann gar nicht lesen; es merkt nicht, daß die Buchstaben vor ihm auf dem Kopfe stehen.

Fast entrüstet fuhr der Richter zurück. So etwas sollte es noch geben in diesem hochentwickelten Kulturstaat? Einzelercheinung! Ausnahme! Denn wie sollte man sich sonst verständigen können — Himmel! — mit dem Volke, beispielsweise in solch brennender Frage wie der da unten!

Aber er mußte das Gesicht wieder dichter an die Scheiben bringen, denn der andere schien etwas unternehmen zu wollen. Er richtete sich hoch von den Buchstaben, mit einer gleichgültigen Bewegung, und schnalzte den Korb vom Rücken. Und dann setzte er ihn mit einem besreienden Schwung mitten auf den Stein, sich daneben, zog eine Flasche hervor und trank.

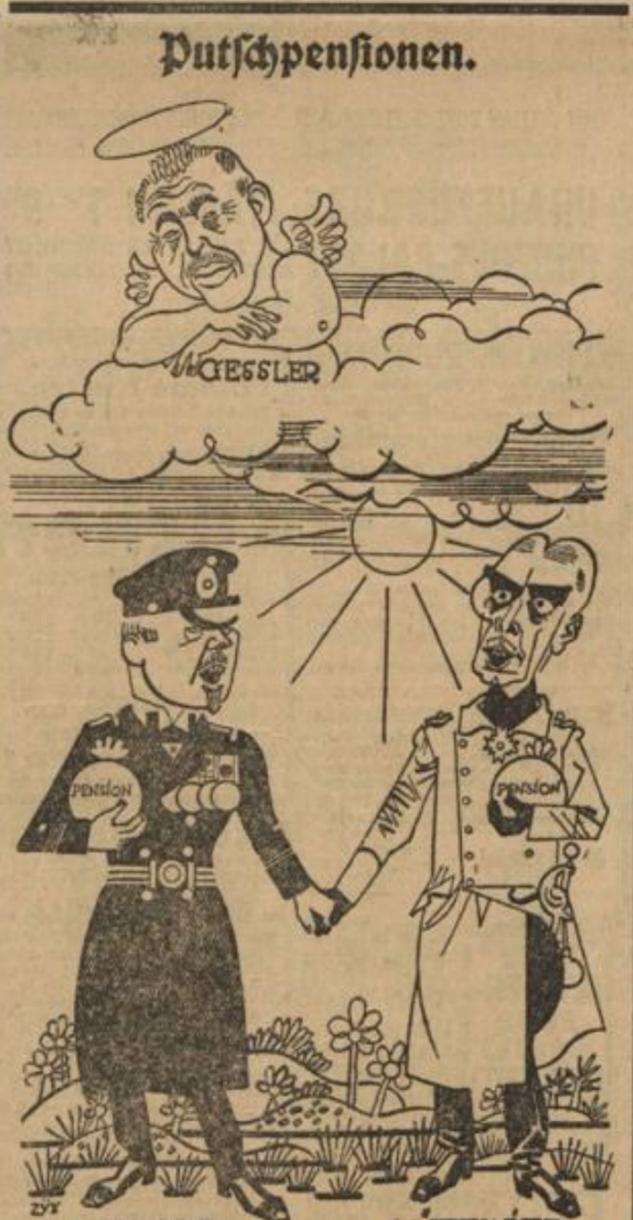
Der alte Richter zog das Fenster auf, daß die Scheibe zerbrach. „Halt!“ wollte er schreien, „Irrtum! Du bleibst weg vom Knopf!“ — Da klingelte schon das Telefon. Er wankte hin. Ein Wärter sprach kurz: „Vollzogen!“ meldete die Stimme durch den Draht.

Das Besprechen der Warzen.

Von Dr. Kosbacher.

Die Zeiten, in denen die Mediziner den Menschen als eine chemisch-physikalische Maschine ansahen und vielfach demgemäß behandelten, sind vorüber. Nicht alles Geschehen im normalen und kranken Organismus ließ sich durch Laboratoriumswissenschaft erklären. Die Folge dieser Erkenntnis war die Weberbedeckung der Seele, der Psyche. Man lernte die Bedeutung der psychischen Faktoren für den Ablauf normaler und krankhafter Vorgänge wieder bewerten, vor allem profitierte die eigentliche Heilkunde von den neu gewonnenen Erfahrungen. Es entstand ein besonderer Zweig der Medizin — die Psychotherapie, von der Wachsuggestion bis zur Hypnose. Heutzutage gibt es wohl kein Fach der Medizin mehr, in dem nicht die Einwirkung psychischer Geschehnisse eine Rolle spielte. Auch die Dermatologie — die Lehre von der Haut und ihren Erkrankungen — hat die Psyche in ihren Dienst gestellt und die „Suggestionenwirkungen“ auf die Haut zu erforschen gesucht.

Der einfachste und schlagendste Beweis für die Beeinflussung der Haut durch seelische Vorgänge ist das Ertränen, das bei zahlreichen Menschen durch Suggestion mit Leichtigkeit auszulösen ist. Das gleiche gilt für das „Jugierierte Schwitzen“. Es gibt Personen, bei denen lediglich durch die Behauptung, daß es unerträglich heiß sei, heftige Schweißausbrüche hervorzurufen sind. Entsprechend kann man bei disponierten Menschen durch suggestive Erzeugung von Kältevorstellungen eine „Kältebau“ auslösen oder wiederum bei anderen heftiges Zucken über den ganzen Körper hervorzubringen.



EHRHARDT **LÜTTWITZ**

Ihr fliehet weiter, Pensionen!
Und, was man uns einbehält, —
Brüder, im Regierungszelt
Muß ein lieber Vater wohnen!

Immerhin handelt es sich hier gewöhnlich nur um vorübergehende Veränderungen der Haut. Bei stärkeren suggestiven Einwirkungen jedoch gelingt es, an geeigneten Versuchspersonen durch Auslegen eines gewöhnlichen Geldstückes, über dem ein Schutzverband befestigt wird, Blasen zu erzeugen mit heftigen Entzündungserscheinungen und Absterben der obersten Hautschichten.

Doch auf seellichem Wege gelingt nicht nur die Erzeugung krankhafter Veränderungen der Haut; auch nachweisbar heilsame psychische Einflüsse werden beobachtet. Zu den interessantesten Erscheinungen auf diesem Gebiete gehört zweifellos auch die Befestigung der Warzen durch suggestive Behandlung. Es sind nicht nur Laien, sondern seit langem auch hervorragende Ärzte Anhänger des „Besprechens von Warzen“, während andere ebenso bedeutende Mediziner von einer suggestiven Behandlung der Warzen niemals Erfolge gesehen haben. Jedoch besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit über die Tatsache, daß in vielen Fällen nach Entfernung einer Warze auch die übrigen von selbst verschwinden sind, und daß mitunter Warzen ohne erkennbaren Anlaß, bzw. nach seelischer Erregung plötzlich fort waren. Damit dürfte allein schon der Beweis erbracht sein, daß Warzen nicht nur durch örtlich zerstörende Maßnahmen, sondern auch durch andere Einwirkungen zu beseitigen sind.

Neuerdings ist nun das Problem der „Suggestionbehandlung von Warzen“ in der Königsberger Universitätsklinik einer Untersuchung unterzogen worden, über die Dr. Vene Grumach in einer medizinischen Fachzeitschrift berichtet. Die dort geübte Suggestion bestand in Einspritzungen von physiologischer Kochsalzlösung oder destilliertem Wasser in die Mastulatur des Oberarms; sie wurden alle 8 bis 14 Tage wiederholt; dabei wurde den Kranken gesagt, sie bekämen ein neues, vortrefflich wirksames Warzenmittel, das im Gegensatz zu Keunjungen die Warzen narbenlos zum Verschwinden bringen könne und daß sie schon während der Injektion ein leichtes Brennen oder ein Gefühl der Schwere in dem von Warzen bedeckten Körperteil empfinden würden. Bei den meisten der 18 darauf behandelten Kranken trat schon während der Einspritzungen, mitunter erst am Abend des Behandlungstages das „jugierierte Gefühl der Schwere oder des Brennens“ auf; bei einer Kranken so stark, daß sie eine Woche dadurch bei der Arbeit behindert war. Die Erfolge waren verblüffend. Nur in zwei Fällen verjagte die Suggestionbehandlung; in 16 Fällen trat eine völlig narbenlose Rückbildung der Warzen ein, meist in der zweiten bis dritten Woche, bei einigen erst nach zwei bis vier Monaten.

Eine Erklärung für diese Erfolge der Suggestionbehandlung von Warzen steht noch aus. Immerhin dürften namentlich auf Grund der genannten Experimente zahlreiche Kräfte ihre ablehnende Haltung gegenüber dem „Besprechen“ von Warzen aufgeben. Es gibt halt immer noch Ackerhand in der Medizin, was sich „unserer Schulweisheit nicht träumen läßt“.

Trepang.

Von Rose Ewald.

Durch die zahlreichen Uebersetzungen der Südkoromane Jack Londons und anderer Autoren werden jetzt auch breitere Schichten der deutschen Leserschaft mit der Existenz einer Hilfsprache bekannt, die in ganz Ostasien und in der Südsee als Verständigungsmittel dient: Mit dem Pidgin oder Trepangenglisch. Pidginenglisch unterscheidet sich vom Trepang nur dadurch, daß einzelne chinesische Wörter darin vorkommen, sonst handelt es sich bei beiden Sprachen um dasselbe: Um ein vorverworfenes Englisch, in dem z. B. alle Zeitwörter nur im Infinitiv, ohne Konjugation gebraucht werden. Vergangenheit wird durch den Zusatz „lange Zeit vor“ angedeutet, das beizuhaltende Futurwort (mein, dein usw.) wird durch das Wort „gehören“ in Verbindung mit dem persönlichen Futurwort ersetzt. Daher kommt es zu Konstruktionen wie: „Brüder gehören mir.“

Trotz dieser Primitivität aber hat das Trepangenglisch eine außerordentlich treffende Weise, um das Wesen der Dinge zu bezeichnen, wenn diese Bezeichnungen durch die Hilfskonstruktionen auch nicht gerade kurz geraten. Ein Kloaer heißt zum Beispiel: „Box, misses him fight, he cry“, wörtlich übersetzt: Kasten, Frau ihn schlägt, er schreit. Um einen taubstummigen Beamten zu beschreiben, fand ein Eingeborener folgende Form: „Coconut belong him no grass“, wörtlich: Kokosnuß gehört ihm kein Gras, wobei Kokosnuß für Kopf und Gras für Haar verwendet wird. Uebersetzt werden oft den Worten ganz andere Bedeutungen angewiesen, oder ein Name wird zum Gattungsbegriff gemacht, z. B. heißt Frau „Mary“ (Marie); geradezu poetisch ist die Bezeichnung des Abendsterns als „Mary belong moon“ (Frau gehören Mond). Eine sehr hübsche Bezeichnung hat man auch für den von den Missionaren eingeführten Lieben Vater im Himmel: „afunden; man bezeichnet ihn als „big fellow master topside“ („große Burtsche, Herr oben“), wobei die Uebernahme des Seemannsausdrucks „topside“ (hochaufwärts, spihenswärts) noch besonders hübsch ist. Der Ausdruck „fellow“ (Burtsche) wird übrigens auch auf Dinge angewandt, die als durch „Teufel-Teufelmedizin“ (Zauberei) lebendig angesehen werden, z. B. heißt das Grammophon: „Er fellow gehen herum“, und der Befehl: „Neh das Grammophon auf!“ ist in einer guten Uebersetzung eines Romans von Jack London richtig, aber dem in Trepang unbewanderten Leser sehr schwer verständlich so übersetzt: „Du fellow Lambi machen Ruff! ihm fellow gehen umher“, weil der Uebersetzer hier das englische Wort „around“ mit „umher“ statt „herum“ übersetzte und sich an die wörtliche Uebersetzung klammerte, statt ein Wort einzufügen.

Gerade dieser Roman wird übrigens wahrscheinlich vom „Bücherkreis“ veröffentlicht werden; es wäre darum sehr angebracht, wenn seitens des Uebersetzers hier eine kurze Einführung in die Eigenart des Trepangenglisch gegeben würde. Ohne einen Hinweis auf die Schwierigkeit der Uebersetzung dieser Sprache und auf den ihr eigentümlichen Satzbau sowie ihre Hilfskonstruktionen sind manche Seiten dieses lebenswerten Buches für Profestarien nur schwer verständlich.

Das alljährliche Seelöwenschlachten. Der kanadische Regierungsdampfer „Owench“ ist jetzt wieder von seiner jährlichen Fahrt nach den Gewässern von Britisch-Columbien zurückgekehrt, die er zur Vernichtung möglichst vieler Seelöwen unternimmt. Die Maschinen-gewehren werden die Tiere niederschmettern. In diesem Jahre wird die Zahl der erlegten Tiere offiziell mit 1655 angegeben; im Vorjahre waren es 1900, im Jahre 1925 2900. Dies ist das sechste Jahr, in dem das Seelöwenschlachten vor sich geht, und jedes Jahr erneuert sich der Streit zwischen Fischern und Regierungsbeamten auf der einen Seite und Naturfreunden auf der anderen. Das kanadische Amt für Marine und Fischerei ist der Ansicht, daß die Seelöwen jährlich viele Tausende von Vachsen während der Reizzeit vernichten und daß dadurch der Fischerei ein großer Schaden entsteht. Die Naturfreunde und auch viele ernsthafte Forscher behaupten dagegen, daß die Seelöwen fälschlich angeklagt werden, daß sie hauptsächlich von Mollusken ernähren, da ihre Zähne überhaupt gar nicht dazu geeignet sind, um Vachse zu verzehren. Die Schäden würden vielmehr der Vachsfischerei durch das räufschlose Wargeben der Fischer zugefügt. Unter den Tieren sind die eigentlichen Feinde der Vachse Robben, Haifische und Schwartzfische. Trotzdem ist der arme Seelöwe von dem Marineamt zum Untergang verurteilt, seine Ausrottung wird bald erfolgt sein, wenn man nicht die tatsächlichen und unwiderleglichen Rückgänge der Vachsfischerei auf andere Weise erklären kann.

Der englisch-amerikanische Erdölkampf

Der Kage die Schelle ungehängt.

Unser New Yorker Mitarbeiter umreißt hier in plastischer Kürze die imperialistischen Hintergründe der neuen Oelkämpfe. Die drastische Rührertheit des amerikanischen Urteils rechtfertigt diese neue Beleuchtung des von uns schon mehrfach behandelten Themas.

Die Oelindustrie stellt ein Gebiet weltwirtschaftlicher und welt-politischer Entwicklung dar, das die größte Aufmerksamkeit verdient. Das Erdöl liefert den wichtigsten Betriebsstoff für Flugzeuge und Kraftwagen. Handels- und Kriegsschiffe gehen immer mehr zur Oel-fenerung über. Die englischen Kohlenstationen in allen möglichen Weltgegenden sind veraltet und sichern die englische Beherrschung der Meere im Kriegsfalle nicht mehr. Der Besitz von Erdöl bedeutet für die Großmächte im Kriegsfalle eine Lebensfrage. Diesem Umstand entspringen die Kämpfe und immer wiederholten Versuche der verschiedenen Mächte, die wenigen Produktionsstätten des Erdöls in ihren Besitz oder wenigstens unter ihren Einfluß zu bringen. Wer den größeren Teil der Erdölausbeute beherrschen soll — diese Frage steht im Vordergrund der Weltpolitik.

Zwei mächtige Rivalen ringen auf dem Oelmarkt um die Herrschaft: die Vereinigten Staaten und England. Amerika wird vertreten durch die Standard Oil Gesellschaften, England durch die Royal Dutch — die englisch-holländische — und die Anglo-Persian — die englisch-persische Gruppe. Diese beiden Länder halten den Schlüssel zu dem wertvollsten Rohstoffe unseres technischen Zeitalters in der Hand.

In den letzten Wochen wurde die schleichende Krise plötzlich wieder einmal akut. Höchst überraschend und ganz unverständlich war dabei der Umstand, daß sich die Standard Oil Gruppe uneins wurde.

Den Einsturz des Himmels hätte man eher erwartet,

als einen Zwist in der Standard Oil, dem industriellen Symbol amerikanischer Einigkeit. Was selbst die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrem Kampfe gegen die Truste nicht vermochte: das mammothartige Gebilde der Standard Oil in einzelne Gesellschaften zu zerbrechen — das brachte der Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit sich. Und dieser Zwist mag vom internationalen Standpunkte noch bedeutungsvoller sein, als vom nationalen. Ist es ein neuer Oelkrieg, der droht, ein Vorbild zu Handelskriegen von unerhörten Ausmaßen? Worin bestehen die Ursachen dieses neuen Konfliktes?

Teile des europäischen, afrikanischen und asiatischen Marktes wurden zwischen den amerikanischen Interessen der Standard Oil Company of New Jersey und den englischen Interessen der Royal Dutch und der Anglo-Persian-Gruppe aufgeteilt. Nachdem sie bei diesen Abmachungen übergangen wurden, schlossen die Standard Oil Company of New York und die Vacuum Oil Company Verträge mit Rußland und übernahmen russisches Oel, das sie in Gebieten absetzen, die wie am Schwarzen Meere in der

englischen Interessensphäre

liegen oder wie in Ägypten und Britisch-Indien unter der Oberhoheit Englands stehen. Der billige Preis des russischen Petroleums im Verein mit der preisentenden Wirkung geringer Entfernung

zwischen Produktions- und Absatzgebiet ermöglichen es den ameri-kanischen Gesellschaften, die teuren englischen und amerikanischen Er-zeugnisse zu unterbieten und doch ansehnliche Gewinne einzubeimsen.

Die Standard Oil Company of New Jersey begründet ihre Ablehnung des russischen Erdöls mit der Tatsache, daß „die Sowjet-regierung alle Oelquellen und Raffinerien beschlagnahmt und die Besitzrechte am Privateigentum der Oelindustrie in Rußland ohne Entschädigung an sich nahm“. Sie weigert sich daher, mit Vertretern der Sowjetregierung über Abschlüsse in Oel zu verhandeln, ohne Gewißheit zu haben, daß die Ansprüche der rechtmäßigen Besitzer befriedigt werden. Die Shell Transport and Trading Company, ein großer Oeltrust zu London, erklärt die russischen Produkte für gestohlen und lehnt jeden Ankauf ab.

Das Spiel mit der politischen Moral.

Diesen und ähnlichen Neußerungen gegenüber vertreten die Standard Oil Company of New York und die Vacuum Oil Company ihren Standpunkt nicht weniger energisch. Präsident Whaley der Vacuum erklärt:

„Manche halten es für unrecht, Petroleum von Rußland zu kaufen, da dies bedeuten würde, von der gegenwärtigen Regierung zu Unrecht beschlagnahmte Waren zu erwerben. Sollte diese Ansicht allgemein maßgebend sein, so könnte Rußland nichts ausführen, denn nicht nur die Oelindustrie, sondern auch alle anderen wurden in Rußland nationalisiert. Ist es ein größeres Unrecht, von Rußland zu kaufen, als an Rußland zu verkaufen? Rußland hat in den Vereinigten Staaten beträchtliche Ankäufe von Baumwolle und anderen Waren getätigt.

Die Vacuum Oil Company ist der Ansicht, daß Handelsverträge mit Rußland für gesunden Wiederaufbau wirten und es nur des gesunden Menschenverstandes bedarf, um einzusehen, daß Rußland die wirtschaftliche Quelle für gewisse Waren darstellt. Gibt man Rußland Gelegenheit, einiges von seinem Ueberfluß auf seinen natürlichen Märkten abzugeben, so wird dies verhindern, daß dieser Ueberfluß in Wettbewerb mit amerikanischen Waren tritt auf Märkten, wo die Transportkosten zugunsten der Vereinigten Staaten wirken.

Die Vacuum Oil Company hielt es für eine gute Politik, für verschiedene Märkte Ware aus der billigsten Quelle zu beziehen, wobei sie stets amerikanischen Erzeugnissen den Vorzug gab.

Vor der russischen Revolution betrieb die Vacuum Oil Company ein ansehnliches Geschäft in Rußland, in dem sie Millionen Dollar anlegte. Wir wurden somit von der Nationalisierung der Petro-leumindustrie empfindlich betroffen und sind an der Entschädigungsfrage direkt interessiert. Zu gegebener Zeit gedenken wir auch über die Entschädigung für die großen Werte zu verhandeln, die seinerzeit beschlagnahmt wurden, doch kann dies zu passender Zeit geschehen, ohne die Frage des Kaufens von Rußland oder des Verkaufens an Rußland zu berühren.“

Ein amerikanisches Blatt hängt der

Kage eine große Schelle um den Hals,

wenn es erklärt:

„Die Geschichte der großen Oelgesellschaften in Mexiko, im Irak und in Persien rechtfertigt kein großes Vertrauen in sie als sorgfältige Beobachter politischer oder wirtschaftlicher Moral-lehren. Sie ergreifen Besitz, wo und wann sie nur können, und über-lassen die nachfolgenden politischen Komplikationen dem Aus-wärtigen Amt ihrer Regierung. Die Dutch Shell Oel-gruppe, die Geschäfte mit den unmoralischen Sowjets als böse ver-schreit, bietet kein Schauspiel, das Vertrauen einflößt. Der Kern-punkt scheint zu sein, daß die amerikanischen Oelgesellschaften — vielleicht infolge der Schwierigkeiten, die die russenfeindliche Haltung des Britischen Auswärtigen Amtes der Dutch Shell Gruppe auferlegte — den Engländern mit einem vorteilhaften Oelvertrag zu vorzuziehen, und zwar mit einem Lande, das offizielle Handels-beziehungen mit Großbritannien unterhielt, jedoch nicht mit den Ver-einigten Staaten, so daß die Engländer sich in der Rolle der be-trübten Vohgerber sehen, denen die Felle forschschwammen.“

Wie die Vacuum Oil Company, hatte sich auch die Royal Dutch-Gesellschaft in der russischen Oelindustrie mit großen Kapitalien fest-gelegt und hofft nun auf einen Regierungswechsel, um ihre früheren Anrechte zurückzugewinnen. Ein zukünftiges Monopol über das russische Erdöl spielt also für die beiden rivalisierenden Gruppen allein im Hintergrunde.

H. Hesse, New York.

Hochspannung der Konjunktur!

Die Diagnose des Instituts für Konjunkturforschung Ende August.

In dem soeben erschienenen 2. Heft der Veröffentlichungen des Instituts für Konjunkturforschung für das Jahr 1927 werden die vom Institut gesammelten Tatsachen zu einer neuen Diagnose der Wirt-schaftslage Deutschlands ausgewertet. Der zusammenfassende Ueber-blick lautet:

„Ende Mai 1927 konnte die Konjunkturlage als eine der Hoch-spannung sich nähernde Aufschwungphase gekennzeichnet werden. Inzwischen ist der Eintritt in die Hochspannung erfolgt.“

Bei verhältnismäßig hohem Beschäftigungsgrad — die Arbeitslosigkeit ist von 18 Proz. der Erwerbsfähigen Ende Ja-nuar 1927 auf 6 Proz. Ende Juli zurückgegangen — sind sehr starke Spannungen in allen Teilen der Wirtschaft festzu-stellen. Das gilt zunächst vom Zahlungs- und Kreditverkehr. Wäh-rend die Depositionen zurückgehen, steigen die Wechselzettelungen und die Wirtschaftskredite der Notenbanken. Die Geldsätze sind stark in die Höhe gegangen. Die Effektenkurse und noch mehr die Effektenum-sätze weichen zurück. Die Warenpreise erhöhen sich sehr viel schneller jedoch — und darin liegt freilich ein entspannendes Moment — die Warenumsätze. Gleichzeitig haben Nominal- und Realeinkommen zugenommen; da die Preise aber stärker steigen, kann beim Reallohn demnächst leicht eine Senkung eintreten. Die Spannung überträgt sich zum großen Teil auch auf die Güterseite der Wirtschaft. Im Ver-hältnis der Produktionsgüter zur Verbrauchsgütererzeugung äußert sich dies darin, daß die Produktionsgüterindustrien in der Beschäftigung vorangehen, in der Liquidität aber zurückbleiben. Die Vorräte wachsen; ihre Zunahme scheint jedoch hinter der Produktionsstei-gerung noch zurückzubleiben. Die Bewegung des Außenhandels deutet auf eine weiter zunehmende Sättigung des Binnen-marktes hin.

Ein gewisser Spielraum für eine weitere Erhöhung der wirt-schaftlichen Aktivität wäre nach dem Stande der Vorratsbildung sowie des Verhältnisses der Warenumsätze zu den Warenpreisen noch gegeben. Im ganzen aber nähert sich die Konjunktur einem Maxi-mum. Ueber die Dauer der Hochspannung sowie über die Form, in der der Uebergang zu einer anderen Phase sich vollziehen



Berlin die Stadt des besten Kaffees!

Berlin marschiert an der Spitze, was Verwendung der edelsten Kaffeesorten, reiche Auswahl und kunstgerechtes Rösten der braunen Bohnen betrifft. Aber in manchem Haushalt läßt die Bereitung noch zu wünschen übrig. Würde Kaffee überall richtig bereitet, könnten jährlich große Beträge erspart werden und man hätte sehr viel mehr Freude und Genuß. Zur Ver-besserung der Kaffeebereitung in Berlin verteilt A. Juntz sel. Wwe. an ihre wertvollsten Kunden

kostenlos Karlsbader Kaffee-Maschinen

anerkannt das beste Hilfsmittel zur Herstellung vorzügl. Kaffees (gegen Abgabe entsprechender Gutscheine)



Alles Nähere in der Druckschrift „Die Kunst des Kaffeekochens“, die gratis und ohne Kaufzwang in Hunderten von Kolonialwaren-, Delikatess- u. a. Geschäften und in jeder Juntz-Filiale erhältlich ist.

Juntz-Filialen in Berlin (in den mit einem * versehenen gleichzeitig Kostprobe, die Kaffe mit Sahne 25 Pf.)

- | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------------|----------------------|--------------------------|------------------------|-------------------------|--------------------------------|----------------------------------|----------------------|
| W * Tauentzienstr. 15 | Magdeburger Pl. 4 | SO Deobener Str. 130 | SW * Leipziger Str. 53 | O St. Frankf. Str. 112 | N * Schönhauf. Allee 71 | Reinholdsdorfer Str. 6 | Gelehmann, Rheinstr. 1-3 | Wilmersdorf, |
| Nürnbergstr. Pl. 4 | Blücher Pl. 4 | Prenienstr. 155-56 | * Spittelmarkt 6-10 | Frankfurter Allee 12 | Invalidenstr. 160 | NW Turmstr. 48 | Holtenauer, Westfälische Str. 49 | Decliner Str. 132-33 |
| Uhlandstr. 46 | C * Königstr. 19 | Brüderstr. 60 | Josener Str. 33 | Rappenstr. 77 | Bodstr. 15 | Wilhelmsstr. 50 | * Schönberg, Brunnenw. 45 | Weststr. 370 |
| Potsdamer Str. 54 | S Neue Köpstr. 5 | Wanggr. 58 | Neukölln, Hermannstr. 46 | Moschauer Str. 74 | Lhauffestr. 69 | Charlitz, Wilmersd. Str. 50-51 | Schneiders, Kolonnenstr. 50 | |

Jede Berliner Hausfrau sollte die Gelegenheit benutzen, kostenlos eine solche Maschine zu erwerben!

A. Juntz sel. Wwe. Begr. 1837

wird — allmählicher oder krisenhafter Aufschwung —, ist sich Bestimmtes nicht lösen."

In die Feststellung, daß die deutsche Wirtschaft in eine konjunkturelle Hochspannung eingetreten ist, ist auch der Eintritt in eine Phase der Unsicherheit und die Möglichkeit des Umschlags der Konjunktur zur Krise eingeschlossen. Die sehr starken Spannungen in allen Teilen der Wirtschaft, die schnellere Steigerung der Warenpreise als die der Einkommen, damit das Sinken des Realeinkommens und die Erschöpfung der Ausnahmefähigkeit des Inlandes für die zunächst noch weiter gesteigerte Produktion, sind nun eigentlich schon die Zeichen für das bevorstehende Ende der Hochspannung und die Vorbereitung eines Rückschlags. Diesen Schluß gibt das Institut für Konjunkturforschung noch nicht.

Es läßt vielmehr die Dauer der Hochspannung und die Form des Uebergangs der Konjunktur „zu einer anderen Phase“ als unbekannte und unbestimmte Elemente erscheinen. Dem Streit um das Wesen der jetzigen Hochkonjunktur weicht es also aus und verjährt damit eigentlich das Wichtigste, was im gegenwärtigen Augenblick notwendig ist. Gerade darauf käme es an, ob die Beobachtung des Konjunkturverlaufs einen allmählichen oder einen krisenhaften Abstieg erwarten läßt. Denn der sehr berechtigte Streit um das Wesen der deutschen Hochkonjunktur geht gerade darum, ob sie nicht wieder, ähnlich wie die von 1925, in mancher Hinsicht das Ergebnis falscher Dispositionen ist. Davon hängt aber auch die Dauer der Hochspannung und die Form des eventuellen Rückschlags ab. Es bleibt bedauerlich, daß das Institut auch diesmal zu dieser wichtigen Frage nichts beiträgt, sondern ihr ausweicht.

Daß das Institut keine Theorie hat, nach der es die Wirklichkeit mißt, scheint also immer noch das Sicherste zu sein. Wo die Tatsachen nicht zur Theorie passen, erfolgt ihre Berücksichtigung je länger, desto mehr durch die Offenlassung gerade der wichtigsten Fragen. Hier rächt sich eine seit dem Beginn der neueren deutschen Konjunkturforschung dauernde Unterlassung; daß nämlich alle anormalen Momente der Wirtschaftsentwicklung, die sich naturgemäß aus der zunächst notwendigen inneren Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ergeben, vom Institut für Konjunkturforschung über der traditionellen Vorkonjunkturbeurteilung vernachlässigt werden.

Deutsche Sparkassen tagen in Kiel.

Befinnung auf Mittelstandsaufgaben. — Eine schlechte Begründung.

Alle großen Tagungen von Wirtschaftsorganisationen schiden ihren Verhandlungen allgemeine programmatische Vorträge voraus. Es ist begreiflich, daß die deutschen Sparkassen nach ihrer Tradition und nach ihrer Tätigkeit ihre zukünftige Arbeit auf die Bedienung des Mittelstandes richten wollen, besonders nachdem die Entwicklung in den letzten beiden Jahren ihre Geschäftstätigkeit derjenigen der Vorkriegszeit wieder weitgehend angenähert hat. Was dazu aber Universitätsprofessor Dr. Bredt-Marburg, der Vertreter der Wirtschaftspartei im Reichstag, Programmatisches zu sagen hatte, gab ein höchst verhängliches Bild von dem, was die Sparkassenpolitik unter dem Mittelstande versprechen soll.

Der Mittelstandsbegriff des Herrn Dr. Bredt ist in hohem Maße reaktionär und steht mit den Tatsachen in Widerspruch. Während Beamte, Angestellte und freie Berufe heute gar nicht anders können, als sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen scharf gewerkschaftlich zu organisieren, während Bauern, Kleinrentner und Handwerker ihre Interessen nicht mehr anders als durch nachdrückliche genossenschaftliche Organisation zu wahren vermögen, machte Herr Dr. Bredt aus dem Mittelstand eine „Klasse“, die an der Sozialpolitik nur wenig interessiert sei, gegenüber dem Staat nur die ungestörte und ungehemmte Betätigung zu verlangen habe und die die Früchte ihrer Arbeit nicht der Allgemeinheit darzubringen habe. Dem Mittelstande, wie er wirklich ist und wie er heute tatsächlich zu kämpfen hat, bereitet sein Wortführer auf dem Sparkassentag damit den denkbar schlechtesten Dienst. Die Isolierung des Mittelstandes, der Individualismus im kaufmännischen Leben und in der Konkurrenz, die Herr Professor Bredt propagiert, wären des Mittelstandes Untergang. Und wir wollen nicht hoffen, daß die Sparkassen, die nach ihrem Kundenschaftstreife eine Organisation der sozialen Demokratie sind und immer stärker gemeinschaftliche Interessen gerade für den Mittelstand wahrzunehmen haben, der Bredtschen Auffassung vom Wesen des Mittelstandes Vorschub leisten werden. Es wirkt in der Tat wie eine Ironie, wenn Herr Professor Bredt keine Ausführungen dem „neuezeitlichen“ Mittelstandsbegriff widmete.

Leider hat auch der zweite Referent der Kieler Sparkassentagung (Dr. Höpfer) über zeitgemäße Mittelstandspolitik den wahren Interessen des Mittelstandes wenig Rechnung getragen. Als Mieter hat gerade der gewerbliche Mittelstand nach den letzten bitteren Erfahrungen kein Interesse an der Freiheit der Wohnungswirtschaft und noch weniger Interesse an der „Sicherung des Eigentums der Hausbesitzer“. Daß uns die größte Intensität der Landwirtschaft, die an sich nicht groß genug sein kann, vom Ausland unabhängig machen kann, ist auch eine Weisheit, die auf einer Sparkassentagung ungenutzt ist und kaum den Interessen der breiten Massen des Mittelstandes dienen kann. Und es ist ein schwerer, nicht nur theoretischer lapsus, wenn aus der historisch und traditionell völlig erklärlichen größeren Leistungsfähigkeit der englischen gegenüber den deutschen Konsumgenossenschaften ein Beweis der Überlegenheit des kleingewerblichen Handels gegenüber den deutschen Konsumgenossenschaften abgeleitet wird. Es wäre schade, wenn die Zielsetzung der deutschen Sparkassen entgegen den wahren Interessen der breiten Massen, die den Sparkassen die Gelder liefern, politisiert würde. Wenn man auch verstehen kann, daß der Hausbesitz, dem die Sparkassen Hypotheken geben, in der Sparkassenpolitik eine Rolle spielt, so sollten die Sparkassen doch nicht vergessen, daß die Gelder dazu von den Mietermassen kommen, deren Interessen keineswegs identisch mit denen der Hausbesitzer sind.

Die übrigen Vorträge der Tagung von Finanzminister a. D. Dr. Schall-Stuttgart und vom Präsidenten Dr. Kleinert böten wertvolles Material über die erfolgreiche Finanzierungstätigkeit der Sparkassen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und über die neue Politik der Sparkassen zur Rationalisierung des öffentlichen Kredits und zur Verständigung mit den privaten Banken. Das ehemalige Kampferhältnis zwischen Sparkassen und privaten Banken scheint in der Beschränkung der Sparkassen auf örtliche und mittelständlerische Kreditgeschäfte den entscheidenden Ausgleich zu finden. Ob es für einen derartigen Ausgleich nicht heute noch zu früh ist, wollen wir im Augenblick nicht erörtern. Zu großer Friedenswille kann dem Gesamtinteresse auch schädlich sein.

Den Mittelstand, den der Kieler Sparkassentag unter der Anleitung des Abgeordneten Dr. Bredt sucht, dürfte es kaum mehr geben. Sollten die Sparkassen in ihrer wirtschaftspolitischen Tätigkeit aber dem Mittelstandsbegriff des Herrn Dr. Bredt Rechnung tragen wollen, so wird es kaum zu ihrem Vorteil sein können.

Wachsender Abrechnungsvorteil der Reichsbank. Im Abrechnungsvorteil der Reichsbank erfolgt der bargeldlose Zahlungsausgleich zwischen den Girokonten unserer Zentralbank. Die Mitgliederzahlen und die Höhe der abgerechneten Summen ist ein Maßstab für zwei Dinge: einmal für die Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsvorteils, dem bekanntlich die Reichsbank nicht allein dient, dann aber auch für Stärke und Richtung der Konjunkturbeziehung. Im Jahre 1926 hat nach dem Bericht der statistischen Abteilung der Reichsbank die Zahl der Abrechnungsteilnehmer sich von 54 auf 60 erhöht gegenüber 24 im Jahre 1913. Die Zahl der Teilnehmer, bei denen es sich nur um große Bank-, Industrie- und Handelsfirmen handelt, hat sich um 52 auf 749 erhöht gegenüber 270 im Jahre 1913. Der Apparat der bargeldlosen Zahlungsvorteilung ist also auch im Jahre 1926 wieder beträchtlich ausgedehnt worden. Abgerechnet wurden 31,87 Millionen Fälle im Gesamtbetrag von 56,88 Milliarden Mark gegen 28,45 Millionen und 50,93 Milliarden im Jahre 1925. Da beide Jahre etwa zur Hälfte Krisenzeiten umfaßten, ist die Ausdehnung des Abrechnungsvorteils bei der Reichsbank unverkennbar. Gegenüber den abgerechneten Summen von 1913 ergibt sich allerdings auch noch für das Jahr 1926 ein sehr starker Rückgang. Das letzte Jahr der Vorkriegszeit hatte um 16,76 Milliarden Mark oder um 22,8 Proz. höhere Abrechnungssummen als das Jahr 1926. Eine interessante Einzelheit ist in der Auswertung der höheren Börsengeschäfte des Jahres 1926 auf den Abrechnungsvorteil zu erblicken. Der Anteil der Wertpapierrechnungen ist gegenüber dem Jahre 1925 von 1,0 auf 2,6 Proz., also um rund 160 Proz., gestiegen.

Ein neues landwirtschaftliches Institut. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, wird der schon bisher bestehende Reichsausschuß für Technik und Landwirtschaft in ein Reichsministerium für Technik in der Landwirtschaft umgewandelt, das als zusammenfassende Stelle für die technischen Probleme in der Landwirtschaft dienen soll. Die Umwandlung erfolgt, nachdem im Reichshaushalt fortlaufende Mittel für die Vervollkommnung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte ausgeworfen worden sind. Das neue Reichsministerium soll eine ausgeübte Selbstverwaltung erhalten. Es hat nach seiner Schaffung die Ausgestaltung, Verbreitung und Reinhaltung aller technischen Einrichtungen, Verfahren und Hilfsmittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Erzeugung in Land- und Forstwirtschaft, wie im Garten-, Obst- und Weinbau zu fördern und als beratende Stelle dem Reichsernährungsministerium in allen technischen Fragen zu dienen. — Der Hinweis darauf, daß fortlaufende Mittel zur Verfügung stehen und das Kuratorium eine weitgehende Selbstverwaltung erhalten wird, berechtigt zu der Hoffnung, daß hier nicht wieder politische Sonderinteressen bei der Zusammenfassung des Kuratoriums und bei der Verwendung der öffentlichen Mittel ausschlaggebend werden dürfen, wie es leider gerade in landwirtschaftlichen Fachinstituten meistens der Fall ist.

Gewinnsummen

K. Klasse 2A. Freizügig-Geldlose Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

14. Ziehungstag 1. September 1927

30 der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	254540
12 Gewinne zu 3000 M.	25833 75122 126409 149171 193311 336844
16 Gewinne zu 2000 M.	31454 59634 106929 214649 251681 309032 312011 337957
24 Gewinne zu 1000 M.	21150 142212 149791 179635 183342 183509 184948 217504 294816 321587 331205 338195
94 Gewinne zu 500 M.	17076 20658 21194 31347 32666 59883 61745 63623 69622 70441 80221 80623 83754 91375 108181 109623 111113 112252 129201 140748 141281 141582 147226 155062 161658 164794 164829 186338 191117 191703 205588 209221 212858 213962 280995 281047 284864 297775 282383 284917 280386 290358 296643 306204 312342 330450 334804
236 Gewinne zu 300 M.	2722 2726 6067 20140 20190 20931 21034 24228 27090 28184 30104 34271 37703 39241 42730 47399 47422 47938 61099 68976 69927 73181 75358 75676 76467 77888 80151 80678 84591 87418 91223 92100 92381 99707 107163 108119 111121 111892 112016 114182 115624 116783 118401 119240 120284 121494 122058 122070 123983 125091 126281 132990 137145 139066 140391 140620 147207 161330 163707 163892 163853 163973 169479 170487 175607 182380 182564 183387 192735 193386 204837 206282 211363 212088 218552 220297 221350 223248 230161 239483 239980 248082 248847 253319 259508 259670 269468 271811 272445 273216 274035 276432 279708 285498 286871 286885 289062 293087 298331 303097 303382 306870 307007 308429 312420 313141 318598 324300 326110 326625 331563 334002 334254 337748 339708 340181 340219

15. Ziehungstag 2. September 1927

30 der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M.	723
4 Gewinne zu 5000 M.	101743 149016
12 Gewinne zu 2000 M.	33715 74923 84657 94291 398870 341931
38 Gewinne zu 1000 M.	9507 12549 31141 56335 70872 78683 126588 139579 140075 140076 141942 165404 168604 196679 199547 227129 227983 247043 269924 287303
82 Gewinne zu 500 M.	14987 18466 19282 36205 38812 40813 62276 79959 88947 93779 101397 103629 108953 111538 114106 115639 115940 118721 119898 139630 157334 154382 182662 190996 196264 202675 204715 209228 228124 228326 231624 246137 250771 253272 268821 272998 278693 295335 302743 328768 332310
246 Gewinne zu 300 M.	556 3297 5402 9390 14108 15013 18022 17901 18342 19450 21138 22116 22174 22259 26672 28446 30639 30762 31685 33515 34865 35617 37772 39274 40763 41214 45489 50069 54149 58468 62396 67848 73392 75068 79291 82098 82740 95591 95978 97335 103185 116289 117385 130061 133338 136103 136609 139168 139987 141748 141937 144733 155856 166376 168173 168321 171259 171888 172300 173265 173832 179502 180481 181347 188839 190010 190064 190384 198419 201932 204310 206175 207619 208663 211283 218817 220384 222808 225771 227212 240101 240687 244031 245469 248674 249548 251039 256792 263591 268754 281457 282205 284779 285031 285681 290182 291833 291946 294456 297118 303071 307795 307953 308896 310083 310271 311416 316285 316864 323147 323493 324321 324464 329762 331480 332069 333330 337148 337760 337971 342911 346711 347997

Was sagt der Bär?

Das Wochenende, ein Wort in aller Munde, soll Erholung bringen und Befreiung von Sorge und Last des Alltags. Dem Berliner ist diese Erholung vollkommen nur denkbar in Begleitung seiner geliebten

Josetti Juno

Berlins meistgerauchter 4,8 Cigarette